

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 2 14 08), Görresstraße

Nr. 102/103

Bonn, den 23. Dezember 1954

VIII. Jahrg.

Weihnachten 1954

Mitten im Strom des großen schicksalhaften Geschehens, inmitten der Entscheidungen, die gerade in dieser Winterzeit über Europa und unser deutsches Vaterland fallen, liegt wie eine Insel des Friedens und der Besinnung das Weihnachtsfest. Hinter der Geborgenheit und dem wieder weithin verbreiteten Wohlstand, in deren vielleicht trügerischem Schirm wir dieses Fest der Liebe und des Schenkens begehen, steht aber die große Unsicherheit unseres im Materiellen wie noch mehr im Geistig-seelischen bedrohten Lebens.

18 Millionen Deutsche leben unter einem Regime, das zwar das Weihnachtsfest in seinen äußeren Formen noch duldet, das aber mit fanatischer Leidenschaft den Sinn der Geburt Christi leugnet und sich bemüht, schon in die jungen, wehrlosen Herzen den Haß und den Zweifel einzupflanzen. Wie ein düsterer, drohender Schatten steht dieses Regime des Antichrist über dem noch zur eigenen Lebensform freien Europa. Es wäre also falsch, sich ganz, und sei es nur auf Tage, auf diese Insel des Weihnachtsfriedens zurückzuziehen und den eigentlichen ersten Sinn der Geburt Christi in der Weihnachtsidylle zu vergessen. Christsein heißt ja nicht Abkehr von Welt und Wirklichkeit, Passivität und Lebensentsagung. Christsein heißt, in Ehrfurcht und Gehorsam dem Göttlichen gegenüber sein Menschsein ernst nehmen. Gerade das Weihnachtsfest ist geeignet, uns hier zum Nachdenken anzuregen.

Bernt von Heiseler hat sich im „Deutschen Monatsblatt“ zu dieser Seite des Weihnachtseignisses geäußert, die in der Tatsache zutage tritt „Gott ward Mensch und lebte unter uns“. Er schreibt dort:

„In den unsäglichen Leiden der letzten zwanzig Jahre, durch die wir gegangen sind, haben wir begriffen, daß uns unser Christsein nicht von dem Mitleben mit unserer Zeit losspricht. Der fromme Vorbehalt, daß wir ja „unser Heim nicht in dieser Zeit“ haben und also ihre Untergänge nicht unser Untergang sind — der half uns gar nichts. Wir wurden unsanft am Schopf gepackt und von einer rücksichtslosen Hand in alle Wirbel, in denen die Zeit sich drehte, hineingestoßen. Die uns das angetan hat, war aber Gottes Hand, und bald merkten wir, daß sie uns damit etwas sehr Gutes getan hatte. Denn wir sind dadurch von der gefährlichen Täuschung befreit worden, als ob der Christ am Rande der Zeit in

einer Zwitterstellung leben könne. Ein Mensch lebt aber nicht zwischen der Zeit oder außer der Zeit, er hat seinen Stand in ihr — oder er lebt überhaupt nicht wirklich.

Indem wir bedenken, was eigentlich die Menschwerdung Christi heißt, leuchtet es uns auf einmal an, daß sie ja gerade dies bedeutet: Teilnahme!

An die Deutschen im Ausland

Ansprache des Bundeskanzlers über die „Deutsche Welle“

„Alle Jahre wieder kommt das Christuskind“ haben eben die Kölner Jungen und Mädchen gesungen, und Euch, meine lieben deutschen Landsleute jenseits der deutschen Grenzen in aller Welt, gilt dieser Gruß aus der Heimat vom schönsten deutschen Familienfest.

Auch in diesem Jahre feiern wir Weihnachten in einer von gewaltigen Spannungen erfüllten Welt. Zwar hat das nun bald zu Ende gehende Jahr manche Brandherde auszulöschen versucht, aber von einem wirklichen Frieden in der Welt kann leider noch nicht die Rede sein. Weihnachten ist das Fest des Friedens. Darum wollen wir gerade an ihm besonders um den Frieden beten. In allen deutschen Kirchen wird die Botschaft des Friedens verkündet. Wir wollen sie tief in unser Herz aufnehmen. Angesichts des Kölner Domes, dieses altherwürdigen Wahrzeichens christlich-deutscher und christlich-abendländischer Kultur, werden wir nun den Christbaum entzünden im Gedenken an alle deutschen Menschen jenseits unserer Grenzen.

Der Christbaum, der im Gedenken an Sie, meine Zuhörerinnen und Zuhörer, hier von der Stadt Köln in Gemeinschaft mit der deutschen Welle errichtet und entzündet wird, soll ein Sinnbild sein der Zusammengehörigkeit aller deutschen Men-

Volle, ungeschützte, echte Teilnahme des Gottessohnes an der Zeit. Als Kind armer Eltern wird er geboren, nachher kommt die Versuchung an ihn heran, auch sie ist keine erbauliche Theater-vorstellung, kein bloßes Spiel, sie dringt ihm wirklich bis ans Herz und prüft ihn. Und er leidet Wanderschaft, Hunger, Verkennung, er erfährt die grauenvoll kalte Einsamkeit der Nacht im Ölbaumgarten, erfährt Verleumdung und falsches Gericht und jede Todesqual unter den gewaltsamen Händen seiner Peiniger, und erfährt endlich das Letzte, dem kein irdisch lebender Mensch entgeht: das Erlebnis der Gottverlassenheit. Alle diese Stufen liegen vor seiner Auferstehung, keine einzige von ihnen konnte er umgehen oder überspringen. Das Menschenleben Christi ist wahrhaftig das Beispiel eines Le-

schen in der Heimat und auf dem weiten Erdenrund.

Das deutsche Volk will die Gemeinschaft der Völker und einen Frieden, der sich auf die Zusammenarbeit der Völker stützt. Diese unsere Arbeit und unser Streben hat uns in der Welt Vertrauen und Ansehen wieder verschafft. Ihr, meine lieben Landsleute im Ausland, wißt dies gewiß noch mehr zu würdigen als wir in der Heimat. Ihr spürt ja ständig, täglich und stündlich, daß das Ansehen Deutschlands Euch bei der Arbeit, bei Eurem Aufenthalt in der weiten Welt hilft. Helft uns zu eurem Teil, den erfolgreich beschrittenen Weg zu gehen, indem Ihr Euch jeder an seiner Stelle als Vertreter unseres Volkes fühlt und danach handelt. Heute dringt die Stimme der Heimat zu euch aus einem zerrissenen Vaterlande. Unser Weihnachtswunsch ist, daß bald die Wiedervereinigung in Friede und Freiheit kommt, damit dann das ganze deutsche Volk vereint seine Aufgaben im Kreise der friedliebenden und freien Völker erfüllen kann. Wir alle, wir in der Heimat und Ihr in der Fremde, wir alle wollen zusammenstehen, um dieses Ziel zu erreichen. So grüße ich heute alle Deutschen jenseits der Grenzen der Bundesrepublik. Ich wünsche allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute im kommenden Jahr.

132

Die Pariser Verträge und wir

Von Ministerpräsident Karl Arnold

Bei den Pariser Verträgen, die Bundestag und Bundesrat in diesen Tagen und Wochen beschäftigten, handelt es sich nicht nur um die Regelung unserer Beziehungen zu den Staaten der westlichen Welt. Wir stehen vielmehr vor der wichtigsten Entscheidung, die seit dem Zusammenbruch des hitlerschen Gewaltregimes zu treffen war. Die Frage lautet: Fördern oder hemmen wir durch die Annahme dieser Verträge die Schaffung eines freien und einigen Deutschlands?

Nach den bitteren Erfahrungen in zwei Weltkriegen gibt es in Deutschland wahrhaftig nicht viele, denen es danach gelüftet, wiederum Soldat zu werden. Vor kurzem wurde nun in Moskau eine Konferenz der Ostblockstaaten abgehalten mit dem erklärten Ziel, vor einer Ratifikation der Pariser Verträge zu warnen. In einem „Rotbuch“ wird erklärt: „Die Verwirklichung der Verträge wird neue und größere Hindernisse auf dem Weg zur Lösung der deutschen Frage und auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands zum friedliebenden und demokratischen Staat“ verursachen.

Wir dürfen es uns nicht leicht machen und müssen ernsthaft prüfen, ob es sich hier um ein wirkliches Anliegen der Regierung der Sowjetunion handelt, in echtem Frieden mit einem einigen und freien Deutschland zu leben, oder ob uns wiederum jene fatale Mischung von Verlockung und Drohung vorgesetzt wird, deren Hinnahme der Freiheit und dem Leben vieler einst unabhängiger Völker hinter dem Eisernen Vorhang so verderblich und zum Ver-

hängnis geworden ist. Ich bin der Meinung, daß wir uns täglich die Frage vorlegen müssen, ob es eine Grundlage und eine ehrliche Bereitschaft für ein ernsthaftes Gespräch gibt oder ob wir es weiter nur mit Propagandatricks zu tun haben. Ich bin weiter der Meinung, daß die freie Welt das angebliche Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion ernst nehmen muß, so unwahrscheinlich es auch sein mag, daß eine so hoch gerüstete Militärmacht wegen eines doch recht bescheidenen deutschen Verteidigungsbeitrages Unsicherheit und Furcht empfinden kann. Wenn ich von der Berücksichtigung eines Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion spreche, so möchte ich darunter auch die Bereitschaft verstehen, die man von sowjetischer Seite unter diesem Titel und Vorwand vielleicht fordern wird. Aber diese Bereitschaft zu Kompensationen hat eine obere Grenze: Unsere Freiheit und der Anspruch des ganzen deutschen Volkes auf ein freies und friedliches Dasein in einer freien Welt sind keine Verhandlungsobjekte und können es niemals sein.

Es ist nicht so, als hätte man seitens der westlichen Welt der Sowjetunion nicht jede Art von Sicherheit bereits angeboten. Der amerikanische Außenminister Byrnes hatte bereits April 1946 den Abschluß eines Viermächtevertrages vorgeschlagen. Außenminister Molotow lehnte diesen Vorschlag ab, weil der Vertrag überhaupt die Möglichkeit einer Beendigung der Besetzung durch die Alliierten vorsah! Damals, im April 1946, war die SED gerade aus der Taufe gehoben. Die Kommunisten hatten noch nicht alle Schlüs-

selstellungen in der Sowjetzone besetzt. Freie Wahlen in Österreich und Ungarn hatten mit vernichtenden Niederlagen für die Kommunisten geendet, und selbst in der Tschechoslowakei hatte nur eine Minderheit kommunistisch gewählt. Nur eine einzige gesamtdeutsche Wahl wollte die Sowjetunion seinerzeit zulassen, nämlich eine Abstimmung darüber, ob Deutschland nicht wieder ein Einheitsstaat werden sollte, dessen Regierung alsdann auf Schritt und Tritt dem Sowjetveto unterworfen worden wäre. Der Wiederbeginn unseres eigenständigen Lebens, für das die deutschen Länder erst die Grundlage geschaffen haben, wäre unmöglich gewesen.

Das Versprechen freier gesamtdeutscher Wahlen als Grundlage für eine Wiedervereinigung wäre glaubwürdiger, wenn die Sowjetunion in der Vergangenheit das Ergebnis von freien Wahlen, z. B. in Ungarn, nicht willkürlich umgestoßen und ihre Zusage, freie Wahlen in Polen, Rumänien, Bulgarien und Albanien abzuhalten, eingehalten hätte. Wir haben es erlebt, wie in all diesen Ländern mit den Mitteln der Drohung und Gewalt sogenannte „Demokratien“ oder „Einheitsblocks“ bzw. „nationale Fronten“ gebildet wurden, deren Einführung die angeblichen Wahlen zu einer lächerlichen Farce gemacht hat.

Es scheint mir eine fatale Begleitmusik zu den Moskauer Verlautbarungen zu sein, wenn Pankow heute das Nichtvorhandensein von Wahlterror in Berlin bereits als Beschränkung dessen bezeichnet, was die Funktionäre in der Sowjetzone unter „Wahlfreiheit“ verstehen. Man kann es uns wohl kaum verübeln, wenn wir den im „Rotbuch“ propagierten Rückzug aller Besatzungstruppen, der angeblich viel zur Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands beitragen soll, dahin interpretieren, daß die SED und die Volkspolizei alsdann für die Verwirklichung ihrer Idee der Wahlfreiheit sorgen werden. So geht es nicht und so darf es nicht gehen. In der Moskauer Prinzipienklärung liegt noch kein Anerbieten zu einem ernsthaften Gespräch. Durch einen Verzicht auf die Verteidigung der freien Welt werden wir meiner Ansicht nach kein besseres Angebot erhalten können. Man hat sich ja auf der anderen Seite überhaupt erst die Mühe gegeben, Verhandlungsmöglichkeiten anzudeuten, als man sah, daß sich das freie Europa zu seiner Verteidigung zusammenzufinden begann.

Die Bejahung der Notwendigkeit einer Selbstverteidigung besagt aber noch nichts über die Art und Weise, wie die Verteidigung gestaltet werden soll. Der Anschluß der Bundesrepublik an die Verteidigungsorganisation der freien Welt wirft sehr ernste Fragen auf. Keinem Land muß schon aus seiner geographischen Lage heraus mehr an der Erhaltung des Friedens gelegen sein als Deutschland. Insofern ist nicht der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO das wichtigste, sondern die Politik, die wir darin treiben werden. Das gleiche gilt auch für die Organisation des Brüsseler Paktes. Es ist zu begrüßen, daß es gelungen ist, Großbritannien durch den umgestalteten Brüsseler Pakt enger als bis-

Weihnachten 1954

bein in der Zeit! Und da uns das klar wird, wie dürften wir wünschen, daß uns als Christen, die zu seiner Nachfolge gerufen sind, das Ertragen der Zeit erspart werden sollte?

Damit ist nicht gesagt, daß wir uns ein Märtyrerschicksal herbeisehen sollten. Das wäre nur ein anmaßender Vorgriff, und es würde ohne Segen bleiben. Gott weiß schon, was nützt, und wird es geben, dafür haben wir nicht zu sorgen. Das Christenleben ist ja nicht auf den dramatischen Ausnahmefall zugeschnitten, es besteht im Gehorsam, im wachen Sich-Fügen unter die Schickung der Stunde. Aus der Stunde und ihren Zusammenhängen wird unsere Verantwortung uns zugemessen. Sie zu erkennen und ihr nicht auszuweichen, ist alles, was von uns verlangt wird, und es ist genug.

Zu diesen Verantwortungen gehört die vor dem Nächsten und seinem Bedürfnis und gehört auch die vor unserem Volk. Wie es nicht christlich ist, von Menschenliebe zu schwärmen, aber zu übersehen, was der notleidende Mensch braucht, so kann auch ein Christ nicht Weltbürger sein wollen und von der Verbrüderung der Völker reden, solange er auf die Not des eigenen Volkes wie auf etwas Fremdes

blickt. Die Zerspalteneit unseres Vaterlandes, die Verletzung seines Rechts an allen seinen Grenzen, das Elend der Flüchtlinge, die überall brennende Zwist unter uns, die sittliche Gefährdung unserer Jugend: jede politische und Tagesfrage geht uns als Christen an! Gerade hieran müßte sich der Sinn unseres Christseins bewähren!

Überall dort, wo wir einen ändern, einen Nicht-Christen, an einer sozialen oder volklichen oder wie auch immer gearteten Sorge inständiger beteiligt finden, als wir selbst es sind, tritt diese Mahnung an uns heran: „Nimm lebendiger teil an deiner Zeit!“ Wir dürfen uns in der Inständigkeit unseres Mitmenschen von keinem übertreffen lassen. Unser Feuer muß stärker brennen als jedes andere. Erst dann haben wir ein Recht, in die Auseinandersetzungen der Zeit hinein das uns anvertraute, das christliche Wort zu sagen.

Es gibt keinen Weg als diesen: den Weg der Teilnahme an der Sorge der Zeit! Das Heil ist nicht von dieser Zeit. Aber durch uns muß es in sie hineingetragen werden!

Und von diesen Gedanken her greifen wir das Gebetswort Jesu für seine Jünger: „Ich bitte nicht, daß du sie von der Welt nimmest, sondern daß du sie bewahrest vor dem Übel.“

Scharfe Auslandskritik an der SPD-Linie

Warnungen der sozialistischen Parteien - Zustimmung besonders aus Moskau

Mit wachsendem Befremden verfolgen auch im Ausland ernsthafte und in ihrer politischen Grundhaltung der Sozialdemokratie in Deutschland keineswegs ablehnend gegenüberstehende politische Kreise und Zeitungen die außenpolitische Haltung der deutschen Opposition. Die Konferenz der sozialistischen Internationale hat in Amsterdam sich erneut für die Ratifizierung der Pariser Verträge noch vor neuen Verhandlungen mit der Sowjetunion ausgesprochen. Von neuem zeigte sich die Isolierung der deutschen Sozialisten, die fast als einzige sich dagegen erklärten.

Kein Empfinden für weltpolitische Zusammenhänge

Was draußen zunächst und immer wieder auffällt, ist die Beharrlichkeit, mit der eine große Partei von respektabler übernationaler Vergangenheit die Augen davor verschließt, wie sehr die deutschen Einzelprobleme in die weltpolitischen Zusammenhänge eingebettet sind. Die „Neue Zürcher Zeitung“ nahm kürzlich, am 12. Dezember, die Deutschlanddebatte im Straßburger Europarat zum Anlaß, um den deutschen Sozialisten einige sehr deutliche Wahrheiten zu sagen. Sie macht die Deklamatoren der Wieder-

Arnold: Pariser Verträge und wir

her an den europäischen Kontinent zu binden.

Nordrhein-Westfalen hat sich deshalb entschlossen, hinsichtlich des Beitritts Deutschlands zu beiden Verteidigungsorganisationen positiv Stellung zu nehmen. Dabei sei betont, daß diese Organisationen keine andere als reine Verteidigungsfunktionen haben dürfen. Sobald es eine bessere allgemeine Friedensgarantie geben sollte, als sie die Verteidigungsgemeinschaften darstellen, sollten wir nicht zögern, dafür einzutreten, daß die Gemeinschaftler auf die besonderen Verteidigungsfunktionen verzichten. Dies könnte in dem Augenblick erfolgen, in dem die Sowjetunion vom äußeren Bekenntnis zu einer faktischen Koexistenz mit der übrigen Welt auf Zeit zur Anerkennung der rechtlich gewollten Koexistenz übergehen würde, d. h. zur Aufgabe ihres Strebens nach Weltherrschaft!

Das Pariser Vertragswerk stellt uns auch vor innerpolitisch sehr schwerwiegende Entscheidungen. Die Frage der Notstandsgesetzgebung, ebenso wie die Fragen der praktischen Verwirklichung des Verteidigungsbeitrages, ist eine Angelegenheit, die nicht vom Gesichtspunkt der jeweiligen Regierungskoalition und Opposition betrachtet werden kann. Hier hat ganz eindeutig einmal die Innenpolitik das Primat. Wenn es nicht gelingen sollte, auf breiter Basis hier zu einer Regelung zu kommen, so würden die dadurch entstehenden innerpolitischen Schäden schließlich auch zu einem Fehlschlag der Außenpolitik führen.

Wir dürfen den geistigen und sozialen Verteidigungsbeitrag unter dem Eindruck eines angeblich allgültigen Primats der Außenpolitik nicht vernachlässigen. Eine geistige und soziale Offensive an der Front des Eisernen Vorhangs sichern uns in entscheidender Weise das Vorfeld in unserem Bestreben um eine friedliche Wiedervereinigung.

vereinigung im besonderen darauf aufmerksam, daß auch dieses Anliegen in weltpolitische Zusammenhänge eingebettet ist und daß anscheinend der „ungeheure rasche Aufstieg der Bonner Delegation innerhalb des Europarates“ (sicherlich kein Erfolg gerade der auch hier sterilen SPD-Politik) den SPD-Vertretern etwas den Blick verwirrt habe: „Sie glauben, man könne die Ostzone, ungeachtet der Rückwirkungen eine solchen Maßnahme auf die übrigen Satelliten, durch eine Neutralisierung Deutschlands oder gar Europas abkaufen.“ Sie finden, so meint das Schweizer Blatt, damit nur die Zustimmung einer kleinen neutralistischen Minderheit bei den anderen Nationen und das wohlwollende Verständnis von politischen Gruppen, die aus ganz anderen Gründen gegen die Pariser Verträge sind als sie.

Die Argumente Moskaus

Aber die NZZ wird noch erheblich deutlicher. Sie weist die SPD auf die gefährliche Nachbarschaft hin, in die sich diese Partei in ihrer Argumentation und letzten Endes auch im politischen Endeffekt zur Sowjetpolitik begeben hat. Sie schreibt:

„Die Vertreter der sozialdemokratischen Opposition im Bundestag machen die Argumente Moskaus gegen die Pariser Abkommen zur Grundlage ihrer eigenen Argumentation. Sie verwenden zur Begründung der Ablehnung der Pariser Abkommen in eigenartiger Verkennung von Ursache und Wirkung haargenau die Argumente, welche die Sowjetunion ganz offenkundig zur Sabotage der europäischen Verteidigungsanstrengungen ausgeheckt hat, vor allem die Erklärung, daß eine Bewaffnung der Bundesrepublik die Einigung Deutschlands für immer unmöglich mache. So berief sich der SPD-Abgeordnete Lütken auf die Propagandaerklärung der Moskauer Rumpfkonzferenz und erklärte dazu mit schwer verständlicher Logik, Stärke sei die Voraussetzung fruchtbarer Verhandlungen mit dem Sowjetblock; Stärke dürfe aber nicht in militärischen Vorbereitungen bestehen, sondern müsse einzig in politischer Einigkeit ihren Ausdruck finden.“

Ähnliche Urteile findet man auch in anderen keineswegs sozialistenfeindlichen Zeitungen des Auslandes, wie im „Combat“, der am 14. Dezember von der „Intransigenz“ dieser Haltung und von „ätzender Opposition“ spricht.

Unfruchtbare Halsstarrigkeit

Besonders scharf formulieren aber gerade ausländische sozialistische Organe. So spricht die holländische Sozialistenzeitung „Het Parool“ in

Amsterdam am 15. Dezember im Hinblick auf die Forderung nach sofortigen Verhandlungen mit den Sowjets von „unfruchtbarer Halsstarrigkeit“: „Ein solcher Versuch würde Sinn haben, wenn er noch niemals unternommen worden wäre.“ Die Zeitung erinnert in diesem Zusammenhang an die Berliner Konferenz und fragt, ob der Standpunkt des Kremls seitdem etwa verünftiger geworden wäre. „Het Parool“ erzählt eine Anekdote von Hegel, wonach der Philosoph, als er darauf aufmerksam gemacht worden war, daß seine Theorien nicht mit den Tatsachen übereinstimmten, gesagt haben soll: „Das ist schlimm für die Tatsachen.“ „Es scheint“, so schreibt das holländische Sozialistenblatt, „als ob die deutschen Sozialdemokraten auch in dieser Hinsicht bei Hegel in die Schule gegangen sind.“ Der Aufruf der deutschen Sozialdemokraten an ihre ausländischen sozialistischen Schwesternparteien, sich gegen die Pariser Verträge zu stellen, dürfte, so schließt das Sozialistenblatt, nur bei denen Anklang finden, die aus ganz anderen Gründen gegen die Verträge sind: „Es ist ein Jammer, daß die deutschen Sozialisten nicht einsehen, in welcher fragwürdigen Gesellschaft sie damit ungewollt, aber doch zwangsläufig, geraten.“

Die Londoner Zeitung „Economist“ hatte bereits früher darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die Moskauer Störungsvorschläge ermuntert werden und basieren auf dem gefährlichen deutschen sozialistischen Argument, daß es das Beste sei, nicht auf Grundlage einer Position der Stärke mit den Russen zu verkehren.“ Die Zeitung rät Herrn Ollenhauer, doch einmal aus der Lage und Haltung Österreichs Lehren zu ziehen. (2. 10. 54)

Warnung vor Nationalismus

Der belgische Außenminister Spaak, ein ebenso guter Europäer wie Sozialist, hat wiederholt und mit den härtesten Worten seine Parteifreunde in Bonn zur Besinnung zu rufen versucht. Er hat auf dem letzten Parteikongreß der belgischen Sozialisten, der sich fast einstimmig zu den Pariser Verträgen und zur Wiederbewaffnung Deutschlands bekannte, vor dem „Nationalismus“ der SPD, auch in der Saarfrage, gewarnt. „Die Wiederbewaffnung Deutschlands“ so sagt er, „ist ein notwendiges Übel. Sie gibt uns das Gleichgewicht gegenüber Sowjetrußland und schafft uns damit die Voraussetzungen für ein wirkliches Gespräch.“

„Das magische Wort Verhandlung“

Der sozialdemokratische dänische Außenminister H. C. Hansen erklärte am 11. 12. 54 vor Journalisten in Kopenhagen: „Man kann nicht alle Probleme bloß durch das magische Wort ‚Verhandlung‘ lösen. Sollen die internationalen Besprechungen Ergebnisse bringen, müssen sie auf Ebenbürtigkeit und gegenseitiger Rücksichtnahme in den wesentlichen Interessen beider Partner basieren. Wir müssen erkennen, daß diese Voraussetzungen jetzt nicht vorhanden waren; die Pariser Verträge über Einbeziehung des neuen Deutschland in den westlichen

Kreis der Zusammenarbeit würden eine neue und bessere Grundlage hierfür bieten. Man kann sich nicht damit begnügen, den Verhandlungswillen des Westens der militärischen Stärke der Oststaaten gegenüberzustellen; deshalb müssen die Pariser Verträge ratifiziert werden, bevor man zu neuen Verhandlungen schreitet.“

Staatsmännische Haltung der britischen Opposition

Die Haltung der britischen Opposition in der Außenpolitik stellt der schon genannte „Economist“ der Negationspolitik der SPD gegenüber: „Wenn die deutsche Sozialdemokratenführer nicht blind wären, würden sie beeindruckt werden durch Mr. Morrisons staatsmännisches Zusammenwirken mit Mr. Eden.“

Kompromittierlicher Beifall nur aus dem Osten

Die SPD kann dafür den Beifall der Kommunistenpublikationen quittieren, wie der Pariser „Humanité“, die am 13. Dezember triumphierend und lobend den erfreulicherweise erfolglosen Appell der SPD an die Sozialisten Europas feststellt: „Bringt die Pariser Verträge zum Scheitern“. Noch deutlicher und dringlicher werden die kommunistischen Propagandaorgane der sogenannten DDR. Der Ostberliner „Deutschlandsender“ hatte die „sozialdemokratischen Kameraden“ an die angebliche Aktionsgemeinschaft SPD/KPD im Hessenwahlkampf erinnert und behauptet, „daß überall da, wo bereits vor der Wahl Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenarbeiteten, die Wahlerfolge in Hessen nicht ausblieben.“

Erich Ollenhauer wird an die Zeit des spanischen Bürgerkrieges erinnert als er angeblich gemeinsame Paraden von Kommunisten und Sozialdemokraten abgenommen habe. Auch in Augsburg hätten ja SPD-ler, Gewerkschaftler und Kommunisten gemeinsam „dem Bonner Kriegsminister Blank eine Abfuhr erteilt.“ Im Ostberliner Sender hörte man am 13. 12.: „Es gibt nichts, was die Sozialdemokraten mit Adenauer verbinden kann. Dagegen aber verbindet der Kampf gegen Adenauer aufs engste die Regierung und die Parteien der DDR mit den Sozialdemokraten.“ Der Sowjetkommentator Gessner erklärte an gleicher Stelle: „Man hörte in den beiden vergangenen Tagen geradezu brillante Reden von Vertretern der SPD.“

Wir wissen, daß solche Anbiederungen, die der SPD „die Bruderhand“ (Deutschlandsender) reichen, keineswegs im Sinne und in der Absicht der SPD-Führung liegen, am wenigsten im Sinne von Erich Ollenhauer. Aber sollte es nicht doch zu denken geben, daß hier aus Richtung Moskau das am meisten begeisterte Echo von draußen laut wird, während die vielen, ernsthaften Stimmen gerade auch der eigenen Gesinnungsrichtung der SPD im Ausland sorgenvoll vor einer Fortsetzung einer solchen Politik der Negation und des abwegigen Nationalismus warnen?

Franz Etzel:

Der Integrationsgedanke lebt

Zur Straßburger Tagung der Gemeinsamen Versammlung der Montan-Union

Der große und, wie ich glaube, bleibende Eindruck der Straßburger Tagung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist das starke Bekenntnis zum Gedanken der europäischen supranationalen Integration als einer Schicksalsfrage unseres Kontinents.

Dabei kam stark zum Ausdruck, daß man in der neuesten Entwicklung, wie sie sich an den Londoner und Pariser Verträgen abzeichnet, die Gefahr des Rückschritts in alte Vorstellungen sieht. Auf jeden Fall erscheint der Weg, den man jetzt verfolgt, wenn auch kein schlechter, so doch als ein grundsätzlich „anderer Weg“.

In der Versammlung ist sehr klar zum Ausdruck gekommen, daß dieser neue Weg zurückführt in die Vorstellungswelt des Nationalstaates — ein System, das zwar durch Bündnisse und Verträge aufgelockert ist, aber eben doch in den Grenzen der Nationalstaatlichkeit bleibt; das wird nun einmal gegenüber den alten Ideen und den bisherigen wegen ihrer Verwirklichung als ein „Weniger“ empfunden.

Das Entscheidende scheint mir zu sein, daß es dennoch gelingt, den Integrationsgedanken zu retten, und das hat diese Straßburger Tagung bewiesen, daß auch bei den Parlamentariern der feste Wille besteht, Europa supranational zu integrieren, ein Europa, in dem bis jetzt die Kohle- und Stahlgemeinschaft die einzige supranationale Institution ist. Über ihre Existenzberechtigung und Notwendigkeit gab es in der Gemeinsamen Versammlung keine ernsthafte Diskussion mehr. Weder die Abgeordneten der verschiedenen politischen Richtungen aus allen sechs Ländern noch die Vertreter der Regierungen haben sich auf eine bloße Rechtfertigung des bisher Geleisteten beschränkt, sondern in zum Teil sehr starken und leidenschaftlichen Worten die Zukunftsaufgaben dieser ersten europäischen Gemeinschaft beleuchtet.

Die Gefahr eines Rückschritts in der derzeitigen Entwicklung der europä-

schen Politik sehen wir von unserer verantwortlichen Stellung in Luxemburg aus besonders deutlich. Die Montan-Union ist ausgegangen von der Erklärung Robert Schumans, der im Mai 1950 einen entscheidenden Schritt zur endgültigen Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich durch die Zusammenlegung der Grundstoffindustrien forderte, verbunden mit einer Einladung an die anderen europäischen Staaten, sich diesem Schritt anzuschließen. Die bisherige Geschichte der Montan-Union ist also ein Weg von dieser geforderten zweiseitigen Verständigung bis zur Bildung der Gemeinschaft der Sechs. Dieser Weg hat seine besondere wirtschaftliche Begründung in der Tatsache, daß nicht Lothringen und die Ruhr allein die Grundlage für die Kohle- und Stahlgemeinschaft dieses Raumes bilden, sondern daß er die Benelux-Staaten und Italien in einer engen natürlichen Arbeitsverbindung einschließt.

Es wäre nicht nur bedauerlich, sondern auch sehr gefährlich, wenn man von diesem Weg abginge, um die deutsch-französische Zusammenarbeit isoliert zu betreiben. Das wäre wirklich ein großer Schritt zurück. Es wäre sicher auch eine falsche Anwendung der auf dem Gebiet der militärischen Verteidigung eingeschlagenen neuen Prozedur, wenn man versuchen wollte, dieser Gemeinschaft, statt sie von Sechs auf Sieben zu erweitern, plötzlich eine restriktive Wendung zu geben. Wir müssen bei der Integration der Sechs verbleiben und darüber hinaus versuchen, zu einer fortschreitenden Annäherung auch der anderen freien europäischen Staaten an den supranational integrierten europäischen Raum zu gelangen. Dieser Versuch bietet gute Aussichten auf Erfolg.

Sowohl im Innern als auch nach außen liegt die Stärke unserer Gemeinschaft in der Erhaltung und Verstärkung der supranationalen Institutionen, die allein auf die Dauer den Frieden in Europa sichern können. Ohne gemeinsame Institutionen auf einer für alle gleich verbindlichen dauerhaften Rechtsgrundlage kann das Zusammenleben der europäischen Völker, das wir erstreben, nicht gesichert sein. Bündnisse können auseinanderfallen, ein föderativ organisiertes Europa wird das niemals tun.

Der in Straßburg so deutlich zum Ausdruck gekommene Wille, den Weg der Integration auf supranationaler Ebene fortzusetzen und nicht von ihm abzulassen, der Glaube der Völker Europas und besonders ihrer Jugend an die Vereinigten Staaten von Europa — das ist für uns Ermüdung und Verpflichtung, unbeirrbar an dem Werk Europa weiterzubauen.

Günstiger Stand der deutschen Industrie

Die erhebliche Produktionsausweitung der deutschen Industrie im ersten Vierteljahr 1954 hat auch zu einer nennenswerten Steigerung der geleisteten Arbeiterstunden und der Bruttolohnsumme geführt. Die Gesamtzahl der in diesem Zeitraum geleisteten Arbeiterstunden lag mit 27,15 Mill. um 1,53 Mill. oder 6% über dem ersten Vierteljahr 1953. Noch stärker ist die Bruttolohnsumme in der deutschen Industrie gestiegen. Sie war im ersten Vierteljahr 1954 um 341 Mill. DM oder 8,4% größer als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Der günstige Stand der deutschen Industrie spiegelt sich auch in der Beschäftigungszunahme wider. Die Zahl der beschäftigten Personen in den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten betrug Ende März 1954 5 868 500 und war damit um 274 000 oder 4,9% größer als Ende März 1953.

A I a Auswärtige Beziehungen

Außenminister über Ost-West-Gespräche einig

Die Minister der 14 Atlantik-Pakt-Staaten haben am 18. 12. zum Schluß ihrer zweitägigen Konferenz in Paris alle Signatarstaaten der Pariser Verträge ersucht, die Abkommen so schnell wie möglich zu ratifizieren, da die Aufstellung der deutschen Divisionen im Interesse der NATO-Verteidigung unverändert dringlich sei. Im Schlußkommuniqué heißt es, die sowjetische Politik, die sich auf ein stetig zunehmendes Militärpotential stütze, gehe trotz scheinbar widersprechender Anzeichen unverändert auf die Schwächung und Spaltung des Westens aus. Der deutsche Verteidigungsbeitrag gemäß den Pariser Abkommen bleibt nach Ansicht des NATO-Rates als Zuwachs für die Verteidigungsanstrengungen des Westens unerlässlich.

Außenminister Spaak erklärte nach Abschluß der Konferenz, das atlantische Bündnis sei heute etwas „Reelles und Solides“. Er stellte fest, daß zwei außerordentlich wichtige Fragen auf der Konferenz geregelt worden seien:

1. Völlige Einigkeit in der Haltung der Natomächte gegenüber der SU und in der Beurteilung der politischen und militärischen Zielsetzung Moskaus. In keinem Augenblick hätten Sondierungen beim Kreml zur Debatte gestanden; man sei sich darüber einig gewesen, daß man zunächst an der Ratifizierung der Pariser Abkommen arbeiten müsse und sich durch kein Manöver ablenken lassen dürfe.

2. Hinsichtlich der Verwendung von Atomwaffen hätten die Minister die Hypothese nicht ausgeschlossen, daß Atomwaffen in einem künftigen Krieg tatsächlich angewendet würden. „Wir haben den Militärs gesagt, sie sollten Vorbereitungen in diesem Sinne treffen, aber die politische Entscheidung (über den Einsatz von Atomwaffen) bleibt den Regierungen vorbehalten“.

23. Dezember 1954

A V d Hessen

Zinn wieder hessischer Ministerpräsident

Der hessische Landtag wählte am 17. Dezember in geheimer Abstimmung den bisherigen Chef der hessischen Landesregierung, Dr. Georg August Zinn, wieder zum Ministerpräsidenten. Von den 95 abgegebenen Stimmen entfielen auf Zinn als den einzigen Kandidaten 51 Stimmen. 3 Abgeordnete gaben weiße Zettel ab. 21 Abgeordnete stimmten mit „Nein“. Dieses Ergebnis entspricht genau den Fraktionsstärken des Hauses (23 Enthaltungen der Union, 21 Neinstimmen der Freien Demokraten). Nach der Wahl gab die christlich-demokratische Fraktion des Landtages eine Erklärung ab, daß die Fraktion Dr. Zinn nicht gewählt habe. Dies folge aus ihrer oppositionellen Stellung.

23. Dezember 1954

A V g Baden-Württemberg

Südwestdeutsche CDU gegen „Schwabenblock“

Die Pressestelle der CDU in Baden-Württemberg wendet sich gegen den von der FDP/DVP vertretenen Vorschlag, im Landesverwaltungsgesetz die Anzahl der Regierungsbezirke auf drei zu beschränken und damit faktisch zwei badische und einen württembergischen Regierungsbezirk zu schaffen. Dadurch werde den badischen Landesteilen ein mit erdrückender Kraft ausgestatteter Schwabenblock gegenübergestellt. Einer Angliederung größerer südbadischer Teile an Württemberg oder württembergischer Bezirke an eines der badischen Regierungspräsidien würden sich nahezu unüberwindliche Widerstände der betroffenen Bevölkerung in den Weg stellen. Die CDU befürwortet vier Regierungspräsidien — wobei dringend notwendige Korrekturen an den Grenzen der Bezirke im Interesse der Bevölkerung und Verwaltung vorgenommen werden sollten.

23. Dezember 1954

Die im Archivteil der „Union in Deutschland“ wiedergegebenen Vorgänge und Meinungsäußerungen bedeuten keine Stellungnahme der Redaktion, sondern dienen lediglich registrierend der Unterrichtung unserer Leser.

A I a Auswärtige Beziehungen

Sozialistische Internationale für Verträge

Die sozialistischen Parteien Europas haben sich am 20. Dezember auf einer Konferenz der sozialistischen Internationale in Amsterdam mit Ausnahme der deutschen Sozialdemokraten erneut für eine baldige Ratifizierung der Pariser Verträge noch vor neuen Verhandlungen mit der Sowjetunion ausgesprochen. Einmütig sprach sich die Versammlung für eine Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier demokratischer Wahlen aus. Der holländische Sozialist van Naters betonte, es sei erfreulich, daß mit Ausnahme der deutschen Sozialdemokraten und möglicherweise der schwedischen Delegierten völlige Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer baldigen Ratifizierung herrsche. In der Sitzung drückte der stellvertretende Vorsitzende der britischen Labour Party, Morrison, sein Bedauern über die Haltung der deutschen Sozialdemokraten in der Frage der Ratifizierung der Pariser Verträge aus. Auch der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Mollet, betonte, daß die Ratifizierung nicht von etwaigen Ost-West-Besprechungen abhängig gemacht werden dürfe. Der erste Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten, Ollenhauer, sprach sich dagegen für neue Ost-West-Gespräche vor der Ratifizierung aus. Ollenhauer wies in seiner dreiviertelstündigen Rede darauf hin, daß die Koppelung des von der SPD abgelehnten Saar-Statuts mit den Pariser Verträgen die Ratifizierung der Abkommen noch fraglich erscheinen ließe.

23. Dezember 1954

A I e Saargebiet

Mendès-France stellte kein Saar-Ultimatum

Der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France hat bei den Pariser Verhandlungen niemals „das Verlangen nach Zustimmung zu dem vorliegenden Saarabkommen in ultimativer oder annähernd ultimativer Form gestellt“, erklärte am 18. Dezember ein Sprecher der Bundesregierung in Bonn nach der außenpolitischen Debatte. Allerdings habe Mendès-France bei den Pariser Verhandlungen klar zum Ausdruck gebracht, daß für die französische Regierung seit jeher die Regelung der Saarfrage die Voraussetzung für den Abschluß der europäischen Verträge sei. Diese Erklärung bezeichnete der Regierungssprecher als Antwort auf die Frage des SPD-Bundestagsabgeordneten Prof. Carlo Schmid, die er am 16. Dezember während der außenpolitischen Debatte hierzu an den Bundeskanzler gerichtet hatte. Der Bundeskanzler habe diese Frage am 16. Dezember nicht direkt beantwortet, weil der Bundeskanzler „empört über die Art und Weise“ war, „in der Carlo Schmid Fragen an ihn stellte“. Er wollte nicht die Diskussion über eine Schicksalsfrage für Deutschland und Europa durch eine derartige Fragerei ihrer Bedeutung entkleidet wissen und hat deshalb kurzerhand seine Rede abgebrochen.

23. Dezember 1954

A IV 6 i Gewerkschaften

Aktivierung der Konfessionen im sozialen Raum

Vertreter der christlichen Arbeitnehmerorganisationen aus allen Teilen Niedersachsens bekannten sich am 12. Dezember auf einer Landesarbeitstagung der ACA (Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen) in Hannover zur Aktivierung der Kräfte der großen christlichen Konfessionen im sozialen Raum. Die ACA Niedersachsens, die in den ihr angeschlossenen Verbänden und Vereinen 35 000 Einzelmitglieder vereinigt, will besonders alle Möglichkeiten der Mitarbeit in der sozialen Selbstverwaltung und Sozialgerichtsbarkeit wahrnehmen. Die Rechte der christlichen Arbeitnehmer müßten zur Geltung gebracht und dem christlichen Gedankengut im sozialen Raum Einfluß verschafft werden. Die Arbeitstagung betonte, daß die ACA keine Gewerkschaft sei und auch keine spezifisch gewerkschaftlichen Zielsetzungen verfolgen wolle.

23. Dezember 1954

Vertriebene und Flüchtlinge

Geteilter Friede auf Erden

Zum zehnten Male hören wir die Glocken der Weihnacht und die Botschaft vom Frieden auf Erden, nachdem der Donner des Krieges bei uns verstummte. Zehnmal schon haben wir beim Schein des Lichterbaumes alle unsere Hoffnung zusammengesucht, daß die christliche Botschaft vom Frieden auf Erden auch in unserem gespaltenen Vaterland, in unserer geteilten Welt Wirklichkeit werde. Bisher sahen wir uns enttäuscht. Noch immer befinden wir uns zwischen Krieg und Frieden.

Doch würden wir der Einmaligkeit der Weihnachtsbotschaft gerecht, wenn wir sie nur zur aktuellen Praxis der gegenwärtigen Politik in Beziehung brächten? — Hat nicht gerade der Glaube an das Kind in der Krippe zu Bethlehem uns all das Schwere tragen lassen, das wir in den vergangenen Jahren erfahren mußten? Alle unsere Erinnerungen an die alte Heimat, an unsere Lieben dort, kommen zu Weihnachten, diesem Feste besonderer Innerlichkeit, in uns auf. So sind diese Tage eine Besinnung für uns. Sie sollten es wenigstens sein. Denn in dem Hasten und Treiben unserer Zeit geht der Blick für das Eigentliche immer mehr verloren.

Viel stärker als wir empfinden alle jene Menschen das Fest des Friedens, denen nicht nur der äußere Frieden, sondern auch der des Gewissens verwehrt ist. Jene Millionen Menschen unter der roten Diktatur, die um des seelischen Druckes wegen diesen Frieden entbehren. Wie ein Hohn steht dagegen der Versuch, diesen östlichen Herrschaftsbereich als „Friedenslager“ anzupreisen. Nicht nur die Welt, auch der Begriff des Friedens ist geteilt. Geteilt zumindest bei denen, die herrschen. Unsere Landsleute in der Sowjetzone, unter polnischer und tschechischer Willkür und anderswo stimmen mit unserem Begriff des Friedens genauso überein, wie die überwiegende Mehrheit innerhalb der unterdrückten Völker dieses ganzen kommunistischen „Friedenslagers“.

Wenn uns eine ernste Sorge an diesem Weihnachtsfest und zum Ausgang dieses Jahres bewegt, dann die, daß aus diesem so geteilten Frieden eine starre Teilung unseres Vaterlandes und der Welt überhaupt erwachsen könnte. Die über zehn Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in unserem

Volke empfinden diese große Gefahr besonders stark und eindringlich. Von Jahr zu Jahr hoffen sie seit ihrer Vertreibung, seit ihrer Flucht, daß das kommende Jahr ihnen die Heimkehr ermögliche. Und eben diese Hoffnung erfüllt sie auch am Ausgang dieses Jahres, das mit einer ergebnislosen Viererkonferenz in Berlin begann und weiter — trotz allem Koexistenz-Gerede des Ostens — so sehr enttäuscht hat.

Das große politische Streitgespräch zwischen den Parteien, das jetzt erst wieder um die dringenden aktuellen Fragen zutage trat, sollte bei einer Weihnachtsbesinnung ausscheiden. Die Forderung nach Frieden wird von allen unseren demokratischen Parteien wohl mit gleich lauterer Gesinnung erhoben. Es liegt aber an den Christen in der Welt, das Weihnachtsfest nicht nur zu einem Tag des Friedens, sondern zu mehr werden zu lassen; — denn „heute

ist euch der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr“ ist der Höhepunkt der Frohbotschaft, die uns jetzt genauso anspricht, wie einst die Hirten auf dem jüdischen Felde. Inmitten eines nicht unbeträchtlichen verbreiteten Materialismus und Liberalismus mag es manchmal bequemer sein, zu Weihnachten nur das „Friede auf Erden“ zu zitieren. Der Christ aber kann das eine vom anderen nicht trennen. Er wird daher im gläubigen Vertrauen auf den Herrgott allen Widerständen zum Trotz in seinem Alltag nach Kräften mit Hand anlegen, um den Frieden zu erreichen, den das Weihnachtsevangelium allen jenen verkündet, „die guten Willens sind“.

An eben diesem guten Willen fehlt es gegenwärtig in der Welt. Daher der Zustand zwischen Krieg und Frieden, der geteilte Friede auf Erden. Wir können nur hoffen und beten, daß die verantwortlichen Männer der beiden großen Machtblöcke Mittel und Wege finden, um der Welt den Frieden zu geben, auf den sie so wartet. —ru.

Weihnachten wurde zum Allotria

Bei den Sowjets hat es seine Bedeutung verloren

Im zaristischen Rußland wurde das Weihnachtsfest nach dem Gregorianischen Kalender am 6. Januar gefeiert, also dreizehn Tage nach dem Fest der Geburt Christi in den anderen christlichen Ländern. Gegenüber dem Osterfest, dessen Auferstehungsmythos im griechisch-orthodoxen Glauben besondere Bedeutung zukommt, war im Zarenreich das Weihnachtsfest von zweitrangiger Geltung. Durch die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ der Bolschewisten im Jahre 1917 wurde neben anderen kirchlichen Fest- und Feiertagen auch das Weihnachtsfest in die Illegalität getrieben. Nachdem der Atheismus in den Stürmen der Oktoberrevolution in der Sowjetunion zum bolschewistischen „Staatsbekenntnis“ erhoben wurde, sanken zahlreiche kirchliche Festtage mehr und mehr zur Bedeutungslosigkeit herab.

Aus propagandistischen Gründen wurde in der UdSSR nach 1917 trotz der Unterdrückung des Christentums das Fest der Geburt Christi vorerst offiziell noch nicht verboten, sondern dessen Feier im engsten Familienkreis noch geduldet. Aber nur die alten Leute blieben dem Weihnachtsfest treu. Die in der atheistischen Weltanschauung groß gewordene Jugend jedoch wollte von einem christlichen Weihnachtsfest nichts mehr wissen. Sie warf alle Erinnerungen und Vorstellungen vom Fest der Christenheit radikal über Bord. Sie betrachtete die am Leben gebliebenen Weihnachtsmärkte als Rummelplätze, die aber mit dem christlichen Weih-

nachtsfest in gar keiner Verbindung mehr stehen. Die Weihnachtszeit wurde zum öffentlichen Allotria mit Feuerwerk, Volksbelustigungen und wüsten alkoholischen Exzessen.

Die These Lenins: „Religion ist Opium für das Volk“ hat dazu beigetragen, den letzten Rest christlicher Vorstellung vom Weihnachtsfest bei den Völkern der Sowjetunion auszulöschen. Heute gibt es in der UdSSR offiziell kein Weihnachtsfest mehr, wie überhaupt alle Feste und Feiern kirchlichen Charakters dem revolutionären kommunistischen Sog zum Opfer gefallen sind. An ihre Stelle sind die Gedenktage der großen sozialistischen „Errungenschaften“ getreten, die — wie z. B. der 1. Mai als proletarischer Weltfeiertag und der 7. November als Jahrestag der Oktoberrevolution — in der großartigsten Weise begangen werden, mit demonstrativen Militärparaden, Aufmärschen der Werktätigen und Volksbelustigungen.

Als getreuer Satellit Moskaus ist auch das kommunistische Regime in der Sowjetzone Deutschlands bestrebt, das Weihnachtsfest seines traditionellen christlichen Charakters zu entkleiden. Zu Lebzeiten Stalins wurde das Weihnachtsfest in der Sowjetzone mit dessen Geburtstag am 21. Dezember in Verbindung gebracht. Weihnachten wurde zum „Tag der Planerfüllung“ und zum „Fest aller friedlichen demokratischen Völker“. Nach dem Tode des Diktators ist in der Sowjetzone die Verbindung des Weihnachtsfestes mit Stalins Geburtstag fallengelassen worden. Weiter

Der Bundesvertriebenenausschuß der CDU/CSU wünscht allen heimatvertriebenen und geflüchteten Parteifreunden, allen Mitarbeitern in den Ländern, Kreisen und Ortsverbänden ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein für uns alle erfolgreiches Neues Jahr.

Moskaus propagandistische Großoffensive

Die parlamentarischen Debatten über die Ratifizierung der Pariser Verträge in Bonn und Rom und die bevorstehenden Verhandlungen in der französischen Kammer vom 20. bis 24. Dezember haben, wie nicht anders zu erwarten war, in Moskau und bei seinen Satelliten eine propagandistische Großoffensive ausgelöst. Sie konzentriert sich mit besonderer Intensität auf Frankreich und die Bundesrepublik.

Wir kennen die Aktionen des Kreml aus der Zeit der Debatten um den EVG-Vertrag und aus der Zeit der Entstehung der neuen Verträge auf der Londoner und Pariser Konferenz. Wir wissen, daß es dem Kreml nur um eines geht: die europäische Einigung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten des Kalten Krieges zu verhindern. Er taktiert mit den Mitteln der Drohung und der Lockung. Der französischen Kammer wird das Gespenst des deutschen Militarismus immer wieder in den schwärzesten Farben vor Augen gestellt. Im gleichen Atemzuge spricht man von den Segnungen des französisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 10. Dezember 1944, der heute ebenso aktuell sei wie vor zehn Jahren. Herr Molotow hat sich am 10. Dezember 1954 in einer an Frankreich gerichteten Rede anlässlich des zehnjährigen Bestehens dieses Vertrages sogar die Mühe gemacht, den Franzosen mit einem ihrer Sprichworte klar zu machen, was der Vertrag für sie bedeute: einen Quell in der Dürre, einen Freund in der Not. Die Tatsachen beweisen allerdings, daß die Mehrheit des französischen Volkes auf solche Mätzchen nicht hereinfällt.

Der Bundesrepublik gegenüber arbeitet Moskau mit der Drohung, die Wiedervereinigung werde mit der Ratifizierung der Pariser Verträge für immer unmöglich gemacht. Der Kommentator K. M. Stühlen von Radio Ostberlin hat am 10. Dezember sogar erklärt, ohne die Pariser Verträge könne Deutschland „sofort“ wiedervereinigt werden. Gleichzeitig will man der deutschen Jugend das Grauen vor einem angeblich drohenden Wiedererstehen des „Baras“ beibringen. Dabei verschlägt es der bolschewistischen Propaganda nichts, daß zur selben Zeit der Soldatensender Wolga die militärischen Tugenden der Roten Armee in den höchsten Tönen preist, daß in der Sowjetzone die Jugend zur Volkspolizei gepreßt wird und daß bis zum heutigen Tage Volkspolizisten in Divisionsstärke in die Bundesrepublik geflüchtet sind, weil sie den sowjetzonalen Terror nicht mehr ertra-

gen konnten. Die Haltung der Sowjetunion ist seit dem Zerbrechen des Kriegsbündnisses mit dem Westen nur durch die Absicht bestimmt, in der freien Welt keine Klarheit und keine Einsicht aufkommen zu lassen und für sich daraus Vorteile zu ziehen. Moskau hat immer nur dann ein angebliches Entgegenkommen gezeigt, wenn die reale „Gefahr“ bestand, daß der Westen aus der östlichen Blockbildung nach dem Kriege und aus der bolschewistischen Expansion der vergangenen Jahre die Konsequenz ziehen könnte.

Die ganze Verlogenheit der kommunistischen Propaganda zeigt sich erneut in der Art, wie sie die Saarfrage behandelt. Da wird dem deutschen Bundeskanzler vorgeworfen, er habe in Paris „einen endgültigen Verzicht auf

das Saargebiet unterschrieben“ und dadurch einen „verräterischen Saar-schacher“ begangen. Das wird an die deutsche Adresse gesagt. Gleichzeitig versucht man, den Franzosen weiszumachen, Dr. Adenauer habe in dem Abkommen „den westdeutschen Imperialisten eine Reihe Positionen gesichert, die diesen später als Absprungbasis für die wirtschaftliche Eroberung Frankreichs und seiner Kolonien dienen sollen“. Frankreich solle „im Laufe der Zeit ein überwiegend agrarisches Anhängsel des hochindustrialisierten Deutschland werden“ und es drohe — auch das konnte man im „Neuen Deutschland“ lesen — die „Durchdringung und endliche Beerbung des französischen Imperiums“ durch die deutschen „Imperialisten“. Das ist der klare Versuch, die beiden Völker durch total verlogene Behauptungen gegeneinander zu hetzen.

Staatssekretär Dr. Nahm:

Flüchtlings- und Vertriebenen-Problem noch nicht zur Ruhe gekommen

Bei der Betrachtung unseres Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems behandeln wir meistens nur das Geleistete und die noch unerfüllten Erwartungen. Wir übersehen, daß ein Teil der vorgesehenen Leistungen durch neu hinzugekommene Berechtigte und Bedürftige in Anspruch genommen wird. Eine Betrachtung einiger Zahlen aus dem Jahre 54 lehrt uns, daß das Problem neun Jahre nach dem Zusammenbruch nicht zur Ruhe gekommen ist. So kamen bis zur Stunde rund 16 000 Heimatvertriebene im Sinne des Gesetzes als Aussiedler, als Ausgewiesene oder als Personen, die sich nach der Vertreibung im Ausland aufgehalten hatten, im Laufe des Jahres in das Bundesgebiet. Von ihnen kamen rund 9000 aus Jugoslawien, 4700 meist Sudetendeutsche aus Österreich, 550 aus Frankreich und 500 aus den jetzt von Polen verwalteten Gebieten. Unter den aus Jugoslawien Kommenden befanden sich 152 Kinder volksdeutscher Eltern, welche zum größten Teil seit 1945 von ihren Eltern getrennt waren und heute ihrer Muttersprache nicht mehr mächtig sind. 145 000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone wurden mit der Notaufnahme ausgestattet. Das sind über 80 % derer, die um Aufnahme nachgesucht haben. Es sind also Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone, zusammengenommen 160 000 Personen, neu in das Bundesgebiet hereingekommen. Das aber bedeutet, daß täglich rund 440 Flüchtlinge oder Vertriebene aufgenommen werden, und daß — um nur eine in der Folge entstehende Zahl zu nennen — 45 700 Wohneinheiten geschaffen werden müssen, um diesen Zustrom unterbringen zu können.

Die Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone hat sich von Berlin, das im Jahre 53 fast ausschließlich das Ziel der Flüchtenden war, zur guten Hälfte mit Hilfe des Interzonenpasses auf Westdeutschland verlagert. Ein steigender Prozentsatz erhält die Aufnahme auf Grund des Artikels 11 des Grundgesetzes, weil er infolge einer nachgewiesenen Unterkunft und Arbeitsmög-

lichkeit keine Belastung im Sinne des Absatz 2 dieses Artikels 11 darstellt. Nach wie vor sind 50 % der Notaufgenommenen unter 25 Jahre alt. Der Anteil der zunächst in der SBZ untergekommenen Heimatvertriebenen unter den Sowjetzonenflüchtlingen ist beharrlich gestiegen und beträgt heute nahe 30 %. Für die wohnraummäßige Unterbringung dieser Notaufgenommenen wurden im Laufe des Jahres 70 Millionen Bundeshaushaltsmittel und 63 Millionen amerikanischer Sondermittel verteilt. Für das kommende Haushaltsjahr wurden für den gleichen Zweck 150 Millionen Haushaltmittel, z. T. im ordentlichen, z. T. im außerordentlichen Haushalt eingestellt. Die Zahl der in Lagern und Notunterkünften befindlichen Sowjetzonenflüchtlinge verminderte sich glücklicherweise von 220 000 auf 135 000 Personen.

Der Anteil der Vertriebenen an den Arbeitslosen ging von 27,6 % zu Beginn des Jahres auf 25 % zum Beginn dieses Monats zurück. Der Anteil liegt damit nur noch erheblich über dem Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung, der 17,1 % ausmacht, fällt aber seit 1949, wo er 40 % betrug, konsequent. Umgesiedelt wurden aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern rund 100 000 Personen in andere Länder des Bundesgebietes. Die Rückführung von 22 500 Evakuierten wurde in die dem Bundesrat zur Verabschiedung vorliegende neue Umsiedlungsverordnung einbezogen. Für die Umsiedlung innerhalb der einzelnen Länder wurden aus Lastenausgleichsmitteln 90 Millionen Mark gewährt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit der Vertriebenen ist zum größten Teil auf die Umsiedlung von Land zu Land und auf die Binnenumsiedlung innerhalb der einzelnen Länder zurückzuführen. Der Zugang von mindestens 100 000 Arbeitsfähigen wurde vom Arbeitsmarkt aufgefangen. Die vorgesehene Erhöhung des Härtefonds des Lastenausgleichs versucht, dem fundierten Eingliederungsvorhaben und den sozialen Erwartungen der neu Heringekommenen zu entsprechen.

Weihnachten wurde zum Allotria

ausgebaut worden ist jedoch nach sowjetischem Vorbild von den moskauhörigen sowjetzonalen Machhabern der Rummel auf den Weihnachtsmärkten zahlreicher Städte in der „DDR“. Mit marktschreierischem Aufwand wird auf grellen Transparenten das Weihnachtsfest als das „Friedensfest aller aufrechten Demokraten“ hingestellt. Der christliche Geist des Festes, seine Innigkeit und Frömmigkeit sollen jedoch immer mehr verblasen. Dr. Me.

Dauerarbeitsplätze durch Mittel des Lastenausgleichs

Berufliche Eingliederung geschädigter Arbeitnehmer

Seit Beginn der Aktion zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für Geschädigte nach dem Soforthilfegesetz — jetzt Lastenausgleichsgesetz — sind annähernd drei Jahre vergangen. Die Meinungen über dieses Programm zur beruflichen Eingliederung von Arbeitnehmern, die infolge von Schäden, die sie oder ihre früheren Arbeitgeber erlitten haben, arbeitslos oder berufsbedingt eingesetzt sind, sind keineswegs einhellig. In Kreisen der Geschädigten kann man die weit verbreitete Auffassung hören, daß die Mittel des Lastenausgleichs besser verwendet werden sollten, als damit „Industriefinanzierung“ zu betreiben. Die Unternehmen wiederum betrachten die Bedingungen, die sie bei Inanspruchnahme der Darlehen zu erfüllen haben, nicht unbedingt als besonderen Anreiz. Trotz aller vielleicht berechtigten und gewiß oft unberechtigten Kritik läßt sich bei nüchterner Betrachtung nicht leugnen, daß die Aktion eine konstruktive Maßnahme zur beruflichen Eingliederung der Geschädigten im Sinne des Gesetzes darstellt. Das werden vor allem diejenigen Heimatvertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge und Kriegssachgeschädigten empfinden, die auf diese Weise einen Arbeitsplatz gefunden haben.

Für Arbeitsplatzdarlehen wurden in den Jahren 1951—1953 rund 300 Mill. DM bereitgestellt. Bis zum 31. 5. 1954 wurden 3 343 Darlehen in Höhe von insgesamt 240 Mill. DM bewilligt. Die Kreditnehmer haben dafür annähernd 73 000 Dauerarbeitsplätze zu schaffen und mindestens 5 Jahre mit Geschädigten besetzt zu halten. Entsprechend dem sozialpolitischen Charakter des Programms sind die Darlehensnehmer gehalten, schwer zu vermittelnde Personen, wie ältere Angestellte, Schwerbeschädigte und unterhaltspflichtige Frauen bevorzugt zu berücksichtigen. Der bisher erzielte Erfolg wird vielleicht am deutlichsten, wenn man bedenkt, daß fast 50 % der den Angestellten vorbehaltenen Plätze in älteren Arbeitskräften besetzt worden sind.

Die genannten Zahlen mögen, gemessen an den insgesamt Beschäftigten und Arbeitslosen, gering erscheinen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß es sich um einen begrenzten Personenkreis handelt und die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen zum großen Teil in besonders belasteten Gebieten und Bezirken sichtbar werden. In letzter Zeit sind wiederholt Stimmen laut geworden, die eine Änderung und Verbesserung der geltenden Bestimmungen sowie eine Beschleunigung des Verfahrens fordern. Es ist offensichtlich, daß die Darlehen, die jährlich mit 5 % verzinst und innerhalb von 10 Jahren getilgt werden müssen, längst nicht mehr in dem Maße wie zu Anfang gefragt sind. Einmal sind die Bankkredite „billiger“ geworden und zum anderen stellen sich insbesondere seriöse Unternehmen die Frage, ob sie die wesentlichste Verpflichtung, nämlich die Arbeitsplätze für mindestens 5 Jahre zu schaffen, auch erfüllen können. Die kapitalschwachen Vertriebenenunternehmen stehen außerdem vor der Schwierigkeit, die

Darlehen nach banküblichen Grundsätzen absichern zu müssen. Zwar werden in solchen Fällen auch Landesbürgschaften übernommen. Meistens ist dieser Weg jedoch langwierig. Abgesehen davon üben die Länder in diesem Punkt gern Zurückhaltung. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn der Bund, wie in anderen Fällen, Rückbürgschaften übernehmen würde.

Die wichtigsten Vorschläge zur Änderung der Bestimmungen haben zum Ziele, den Höchstbetrag für jeden zusätzlichen Arbeitsplatz nicht mehr auf 5000,- DM zu begrenzen, Darlehen in bestimmten Fällen zur „Erhaltung“ von Arbeitsplätzen zu gewähren, Abkömmlinge von Geschädigten auf die zu besetzenden Arbeitsplätze ebenfalls anzurechnen, den Zinssatz für Kreditnehmer in den Notstandsgebieten weiter zu senken, die Verpflichtung für die Schaffung der Dauerarbeitsplätze auf 3 Jahre zu beschränken, um nur einige zu nennen. Die Vorschläge lassen sich allerdings nicht ohne weiteres durchführen, weil sie z. T.

Deutsche Ehre hängt von innerer Haltung ab

Da Gott sich die Rache reserviert habe, hätten die Menschen die Waffen der Vergeltung niederzulegen, erklärt der Kapitularvikar von Ermland, Apostolischer Protonotar Arthur Kather, in der Weihnachtsausgabe der von ihm herausgegebenen „Ermlandbriefe“. Der Prälat, der sich in einem Artikel mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten vor zehn Jahren beschäftigt, schreibt, die Erinnerung an die Schrecken dieser Tage dürfe nicht zu einem Erregungszustand mit Flüchen und Anklagen führen, da aus solchen Geisteshaltungen nur der Keim zu neuem Wahnwitz gelegt werde.

„Es wird notwendig sein, nicht zu vergessen, daß die Vertreibungen schon vorher begannen, als unsere Heere siegreich vormarschierten, daß wir seit jener Zeit genug Prozesse hatten, in denen Peiniger und Henker aus unseren Reihen vom weltlichen Gericht erfaßt wurden“, erklärt Msgr. Kather. „Wer daran nicht erinnert werden will, der soll wissen, daß er feige der Wahrheit ausweicht. Erst eine gründliche Gewissensforschung und das Eingeständnis unserer Schuld kann unserem Namen vor den anderen Völkern Achtung verschaffen. Die deutsche Ehre in der Welt hängt nicht allein von unserer äußeren Stärke, sondern vor allem von unserer inneren Haltung ab.“ Erst wenn diese saubere innere Haltung vorhanden sei, könnten die Vertriebenen auf das furchtbare Unrecht hinweisen, das ihnen vor zehn Jahren zugefügt worden sei.

Änderungen des Gesetzes und der erlassenen Weisung erfordern würden, oder aber auch mit der Zielsetzung des Programms nicht zu vereinbaren sind. Sie sind aber wert, ernsthaft geprüft zu werden, um den arbeitspolitischen Erfolg der Maßnahme noch zu verstärken.

Für das Rechnungsjahr 1954 ist ein weiterer Betrag von 50 Mill. DM für Arbeitsplatzdarlehen bereitgestellt worden. Diese Mittel sind angesichts des Bedarfs gering. Deshalb umso nachdrücklicher die Forderung, die Mittel vornehmlich in Bezirke mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zu lenken. Ferner ist wichtig, daß die Projekte gründlich auf ihren volkswirtschaftlichen Wert durchleuchtet werden, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Das gilt besonders für Anträge bis zu 100 000,- DM, über die neuerdings die Länder entscheiden, während in den übrigen Fällen das Bundesausgleichsamt in Bad Homburg nach Anhören eines interministeriellen Ausschusses die Entscheidung trifft.

K. J. Meyer

6 Millionen Weihnachtspakete durch die FOA

Das US-Amt für Auslandshilfe (FOA) wird in der Weihnachtszeit durch 20 gemeinnützige und caritative Organisationen rund 6 Millionen Geschenkpakete an Bedürftige in insgesamt 44 Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, als Zeichen des „Good Will“ des amerikanischen Volkes verteilen lassen.

Dieses „Hilfsprogramm des guten Willens“, für das die FOA rund 20 Millionen Dollar aufbringt, wird ähnlich wie im letzten Jahr durchgeführt. Die etwa 13 Pfund schweren Pakete enthalten ausschließlich Nahrungsmittel, darunter Butter, Käse, Trockenmilch, Weizenmehl, Reis, Schmalz, Bohnen, Fleisch und Speiseöl. Die bereits in den USA fertig verpackten Geschenksendungen werden in den Empfängerstaaten von den Wohlfahrtsorganisationen verteilt.

Lückenhafte Eingliederung in Österreich

Der österreichische Innenminister, Helmer, erklärte kürzlich, die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Österreich sei bereits vollzogen. Diese Erklärung wird von mehreren bedeutenden Zeitungen Österreichs scharf kritisiert. Unter Hinweis auf das Beispiel, das Westdeutschland in dieser Hinsicht gegeben hat, verweist man u. a. auf folgende Vertriebenen-Probleme, die in Österreich noch immer ungelöst sind: Ansiedlung vertriebener Landwirte, Entschädigung heimatvertriebener Kriegsoffer, Zulassung vertriebener Ärzte zur Kassenpraxis, völlige Gleichstellung heimatvertriebener Rechtsanwälte, Notare, Dentisten, Techniker und Gewerbetreibender mit den Einheimischen, endgültige Regelung der Pensionsfrage sowie der Frage der Kreditgewährung an vertriebene Landwirte, Gewerbe- und Handelstreibende, Gleichstellung und Anerkennung der von Heimatvertriebenen im Ausland erworbenen Schul- und Hochschulzeugnisse sowie schließlich Errichtung einer Vertriebenenbank für Österreich.

Aus dem Bundestag

Steuervergünstigungen:

Anlässlich der Beratungen über die Steuerreform haben die Heimatvertriebenen und aus der Sowjetzone geflüchteten Abgeordneten erreicht, daß Vertriebene und Flüchtlinge die im Bundesvertriebenengesetz aufgeführten Steuervergünstigungen nach § 73 drei Jahre in Anspruch nehmen dürfen.

C-Ausweise:

Die Ausstellung der C-Ausweise ist im allgemeinen besser in Fluß gekommen, wenn auch einige Länder noch etwas im Rückstand sind. Letztlich wird die Verwaltung in den Gemeinden erst dann in der Lage sein, die anfallenden Anträge reibungslos zu bearbeiten, wenn das Personal besser qualifiziert und die Rückstände aufgeholt wurden. Zuwanderer aus der Sowjetzone, die vom Notaufnahmeverfahren abgelehnt wurden, können sich bei ihrer zuständigen Flüchtlingsverwaltung neuerlich um einen Flüchtlingsausweis bemühen, wenn sie neue Tatsachen oder Beweismittel über ihre Fluchtgründe beibringen können.

Fahrpreismäßigung:

Der Ausschuß für Heimatvertriebene hat beschlossen, über den Bundestag die Regierung zu ersuchen, den hilfsbedürftigen Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen eine Fahrpreismäßigung bei der Bundesbahn zu gewähren. Gegen eine Bescheinigung der Kreisflüchtlingsbehörde sollen danach jährlich drei Fahrten innerhalb des Bundesgebietes mit fünfzigprozentiger Fahrpreismäßigung bis 30. Juni 1956 zugelassen werden.

Arbeitslosenunterstützung:

Die Aufnahme durch das Bundesnotaufnahmeverfahren — auch nach Ermessensgründen — wird nunmehr überall als Grundlage für den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenfürsorge bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen anerkannt.

Altsparguthaben:

Wer im Bundesgebiet wohnt und bei irgendeiner Bank, die heute ihren Sitz im Bundesgebiet hat, früher Altsparguthaben besaß, kann auch die Altsparenderschädigung in Anspruch nehmen.

Lastenausgleich:

Sowjetzonenflüchtlinge, die den C-Ausweis besitzen, können weiter aus dem Härtefonds des Lastenausgleichs (jährlich bis zu insgesamt 100 Millionen DM) für Hausratshilfe, Unterhaltshilfe, Existenzaufbaudarlehen, Ausbildungsbeihilfe usw. gewährt bekommen. Ein Rechtsanspruch auf eine solche Unterstützung dagegen besteht bis heute leider noch immer nicht.

Im Rechnungsjahr 1955 sind für Sowjetzonenflüchtlinge Wohnungsbaumittel in Höhe von insgesamt 150 Millionen DM vorgesehen.

Für den Verwaltungsrat der Lastenausgleichsbank hatte die Bundestagsfraktion der CDU/CSU die Abgeordneten Dr. Lindrath (früher Halle) und Wiedeck vorgeschlagen, die nach ihrer Wahl nun auch dort die Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge vertreten können.

Flüchtlinge als Interzonenreisende:

Wer als politisch anerkannter Flüchtling (C-Ausweis) Interzonenreisen in die Sowjetzone unternimmt, muß damit rechnen, daß ihm der Ausweis C wieder aberkannt wird, da dann ja niemals eine Gefährdung für Leib und

Liebeswerben um die Deutschen in der CSR

Die in Prag in deutscher Sprache erscheinende Zeitung „Aufbau und Frieden“ veröffentlichte den Brief eines tschechischen Genossen an seine deutschen Kollegen. Darin ruft er die Deutschen auf, Seite an Seite mit allen anderen Werktätigen am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken. Auch müßten sie ihre bürgerliche Ehrenpflicht — den Militärdienst — mit Freude und Liebe erfüllen. Sie dürften in ihrer Zeitung nicht nur den Sportteil lesen, sondern müßten sich insbesondere mit den grundsätzlichen ideologischen Beiträgen über Marx, Engels, Lenin usw. befassen. Die Jugend solle dem CSM (Tschechoslowakischer Jugendverband) und der Organisation „Svazarm“ (Verband für

die Zusammenarbeit mit der Armee) beitreten.

Ostdeutsche Handschriften der CSR „geschenkt“

Wertvolle historische Handschriften, zum Teil aus dem kostbaren Archiv der Universität Breslau, „verschenkte“ in diesen Tagen die polnische Regierung an das Staatsarchiv der CSR. U. a. befinden sich darunter eine Botschaft der Stände des Königreiches Böhmen an den Reichstag in Nürnberg vom Jahre 1467, ein Schreiben des sächsischen Kurfürsten an die böhmischen Stände von 1547 und andere historische Autographen. Bis auf eine handschriftliche tschechische Bibel ist der Text der Dokumente deutsch.

Weiß man das in der Bundesrepublik?

— Brief aus der Sowjetzone

Heute will ich Ihnen nur wieder einmal eine Zeitung schicken, wollte Ihnen regelmäßig eine zukommen lassen, aber leider: In einem kleinen Briefumschlag geht ja keine und große Umschläge gab es nicht. Am Sonnabend bin ich nun wieder einmal alle Geschäfte durchgelaufen, wo ich dann auch Glück hatte. Bei uns kann man nicht in Laden gehen und einfach kaufen, es gibt noch so viel, was Mangelware ist. Jetzt bin ich 14 Tage gelaufen nach einem Bleistift. Es gibt schon öfters einmal was, wer eben Glück hat und kommt dazu. Am Sonnabend habe ich alle die Frauen beneidet, welche im Westen wohnen. Bin zur Weihnachtsmesse gegangen, war nicht viel los, aber an einem Verkaufsstand da waren viele Frauen, und es bot sich in den Regalen ein farbenfreudiges Bild. Wunderschöne Strickwolle in allen Farben, waren aufgeschichtet. Zarte, helle und schöne gedeckte Farben Wollwaren zum Verkauf angeboten. Es hieß, Wolle aus dem Westen 100 g 12,65 DM. Käufer gab es so gut wie keine.

Oft denke ich, ich möchte gerne einmal sehen wie es drüben bei Ihnen ist, es muß doch Freude machen, wenn man alles kaufen kann, und zu erschwinglichen Preisen.

Nun muß ich aufhören, ich sehe eben, daß die Uhr schon ziemlich weit vorgeückt ist, muß nämlich heute noch weggehen zur Schulung.

Fünf Jahre Untersuchungsausschuß freieitlicher Juristen

Der Untersuchungsausschuß freieitlicher Juristen konnte in diesen Tagen seines fünfjährigen Bestehens gedenken. In einer Jubiläumskonferenz teilte der Leiter, Dr. Theo Friedenau, mit, daß sich in diesen fünf Jahren 230 000 Menschen bei den freieitlichen Juristen Rat geholt hätten. Mit Unterstützung der Sowjetzonenbevölkerung entstand eine Belastetenkartei mit mehr als 43 000 Namen. Friedenau nannte von den etwa 116 000 Staatsfunktionären der Sowjetzone höchstens 20 Prozent als absolut linientreu und etwa 30 Prozent als Mitläufer. Die andere Hälfte aber sei entweder indifferent oder gegnerisch eingestellt.

A IV 1 h Jugend- und Familienfragen

Neue Grundsätze des familiengerechten Wohnungsbaues

Der Beirat beim Bundesministerium für Familienfragen hat sich auf einer Arbeitstagung am 14./15. Dezember unter dem Gesichtspunkt der Förderung der Familie kritisch mit der bisherigen gesetzlichen Regelung des Wohnungsbaus beschäftigt. Der Beirat hält es für erforderlich, bei der geplanten künftigen Regelung zu beachten:

1. Der vom Wohnungsbau- und Familienheimgesetz begünstigte Personenkreis ist über den des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes hinaus so zu erweitern, daß er neben den engeren auch weitläufigere Verwandte und Verschwägerter sowie dauernd zum Hausstand gehörende Personen einschließen kann. Bei der Bemessung des benötigten Wohnraumes ist auch Raum für die Haushaltshilfe zu berücksichtigen.
2. Die Einkommensgrenze für den gesetzlich begünstigten Personenkreis des sozialen Wohnungsbaues soll nach dem Haushaltseinkommen festgesetzt werden. Gleichzeitig soll die aus diesem Einkommen zu versorgende Kopfzahl berücksichtigt werden. Die bisherige Staffelung, bei der die Ehefrau und jedes Kind nur mit 70,— DM berücksichtigt werden, ist ungenügend.
3. Der sehr begrüßte Rechtsanspruch auf Darlehensgewährung zur Errichtung eines Familienheimes sollte in die Differenzierung der verlangten Eigenleistungen an die tatsächlichen Haushaltseinkommensgruppen angeglichen werden.
4. Eine Mietwohnung ist nur dann als familienfördernd und daher besonders finanzierungswürdig (Familienwohnung) anzuerkennen, wenn nach der Planung ein zweites Kinderschlafzimmer vorgesehen ist.

23. Dezember 1954

A V e Niedersachsen

Brüchige Wählergemeinschaft in Braunschweig

Der 1952 von den nichtsozialistischen Fraktionen des Braunschweiger Stadtrats gewählte CDU-Oberbürgermeister Dr. Kurt Semler, 1953 wiedergewählt, wurde bei der diesjährigen Neuwahl durch den SPD-Oberbürgermeister Bennemann abgelöst. Die in der Fraktion „Braunschweiger Bürgerschaft“ zusammengeschlossenen Fraktionen (13 CDU, 8 DP, 1 FDP) und der BHE (5) hatten sich damals gegen die 22 Stimmen der SPD für Dr. Semler entschieden. Das diesjährige Ergebnis wurde durch den Anspruch der DP auf den Oberbürgermeisterposten ermöglicht. Ihr Kandidat blieb jedoch mit den auf ihn vereinigten sieben Stimmen sogar hinter seiner Fraktionsstärke zurück. Diese Wahl und der Umstand, daß die SPD fünf Stimmen aus dem nichtsozialistischen Lager erhielt, zeigt die Brüchigkeit der 1952 aufgestellten Wählergemeinschaft. Bei der Wahl der stellvertretenden Oberbürgermeister wurde der DP-Kandidat mit 27 Stimmen weitgehend von der SPD unterstützt. Schon im vergangenen Jahr war das Liebeswerben der kleineren Fraktionen um die SPD erfolgreich gewesen. Sie hatten sich je einen besoldeten Stadtrat gesichert, dafür der SPD das wichtige Kulturdezernat überlassen. Mit der Oberbürgermeisterwahl ist das Geschäft endgültig bezahlt worden.

In den beiden anderen großen Städten des Verwaltungsbezirks Braunschweig, in Goslar und Salzgitter, stellte wieder die CDU die Oberbürgermeister. Im Landkreis Gandersheim trat ein CDU-Landrat an die Spitze des Kreistages, gemäß einer in den vorhergehenden Jahren getroffenen Vereinbarung zwischen CDU und SPD. Auf eine gleiche Absprache hin wechselte umgekehrt im Kreis Wolfenbüttel die SPD mit der CDU. Im Landkreis Goslar kam es bei der Neuwahl zu einer Überraschung. Der BHE, der in den beiden vorhergehenden Jahren sich auf die Seite der SPD gestellt hatte, stimmte diesmal für den CDU-Landrat Janzig, da bei der geringen Fraktionsstärke ihr eigener Kandidat nicht zum Zuge kam. Eine Verärgerung begründete der BHE damit, daß sozialdemokratische Zusagen personalpolitischer Richtung dem BHE gegenüber nicht eingehalten wurden.

23. Dezember 1954

A II c 4 Bundestag

Kiesinger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Der Auswärtige Ausschuss des Bundestages wählte am 17. Dezember Kurt Georg Kiesinger (CDU) einstimmig zum neuen Vorsitzenden. Vorgänger Kiesingers war Dr. Gerstenmaier, der zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde. Die Wahl Kiesingers wurde von allen Ausschußmitgliedern mit starkem Beifall aufgenommen.

Der 50jährige Abgeordnete Kiesinger ist seit Bestehen des Bundestages sowohl in Debatten als auch in der CDU/CSU-Fraktion immer stärker als außenpolitischer Experte hervorgetreten. Er ist Delegierter im Straßburger Europarat und gilt als einer der besten Redner der Fraktion. Kiesinger, von Beruf Rechtsanwalt, vertritt seit 1949 den Wahlkreis Ravensburg.

23. Dezember 1954

B 1 b Beneluxstaaten

Christliche Partei Belgiens für Ratifizierung

Der Parteikongreß der Christlich-Sozialen Partei Belgiens sprach sich, wie die „Rheinische Post“ berichtet, einstimmig für die Ratifizierung der Verträge von London und Paris aus. In der Entschließung, mit deren Annahme die außenpolitische Debatte beendet wurde, geben die Christlich-Sozialen der Auffassung Ausdruck, daß die Integration Europas und besonders die Verwirklichung einer gemeinsamen politischen Autorität auch in der Zukunft nicht aus dem Wege gelassen werden dürfen. Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte in seiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender der CDU der belgischen Schwesterpartei seine Grüße übermittelt, die von der Versammlung mit lebhaftem Applaus entgegengenommen wurden. Die CDU war in Brüssel durch ihren Bundesgeschäftsführer Dr. Heck vertreten, der seine Begrüßungsworte mit der Feststellung schloß: „Die Freiheit, die wir gemeinsam verteidigen, ist unteilbar.“ Die Christlich-Soziale Partei Belgiens ist, obschon sie die stärkste Partei in der Kammer ist, nicht in der Regierung vertreten, die bekanntlich aus einer Koalition von Sozialen und Liberalen besteht. Von verschiedenen Sprechern wurde jedoch betont, daß man als „loyale Opposition“ den außenpolitischen Kurs der Regierung voll unterstütze.

23. Dezember 1954

A V c Hamburg

Hamburger CDU-Landesvorsitzender zum Senator gewählt

Der Hamburger CDU-Landesvorsitzende und Bürgerschaftsabgeordnete Jo von Fisenne wurde am 15. September von der Hamburger Bürgerschaft mit 61 Stimmen des Hamburg-Blocks zum Senator gewählt und durch Bürgerschaftspräsident Adolph Schönfelder vereidigt. Die oppositionelle SPD hatte sich der Stimme enthalten. Mit der Wahl von Fisennes ist der Hamburger Senat mit fünfzehn Mitgliedern wieder vollzählig. Der erste Bausenator Paul Wilken war vor einigen Wochen aus privaten Gründen von seinem Amt zurückgetreten. Es steht noch nicht fest, welches Ressort Jo von Fisenne übernehmen wird.

23. Dezember 1954

A IV 6 a Allgemeines

54 Familienausgleichskassen vereinigt

Der im Kindergeldgesetz als Träger wichtiger Gesamtaufgaben vorgesehene Gesamtverband der Familienausgleichskassen ist nunmehr als Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet worden. Er umfaßt die 54 Familienausgleichskassen des Bundesgebietes. In einer Vertreterversammlung des Gesamtverbandes wurden als Vorsitzender Direktor Hermann Schramm (München) und als stellvertretender Vorsitzender der Angestellte Rolf Hopf (Mannheim) gewählt. Der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Dr. Herbert Lauterbach, wurde zum Geschäftsführer des Gesamtverbandes im Nebenamt bestimmt. Die Geschäftsstelle befindet sich in Bonn.

23. Dezember 1954

Nicht nur Sicherheits- sondern Existenz-Frage

Unter diesem Motto standen im wesentlichen die Ausführungen, die der Abgeordnete **Kurt Georg Kiesinger** zu der grundsätzlichen Problematik der Verträge in der ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze machte. In einem Kommentar waren bereits einige Kerngedanken an dieser Stelle unmittelbar nach der Debatte veröffentlicht worden. Wir geben hier Teile der Rede Kiesingers im Wortlaut wieder:

„Wir stehen in Europa zunächst einmal vor dem beängstigenden Faktor, daß östlich von uns ein kommunistischer Block von 800 Millionen Menschen über einen ungeheuren Raum verteilt lebt und daß diese Menschen erfüllt sind von einer fanatischen Ideologie.

Aber auch wenn wir nicht mit der Tatsache des Bolschewismus zu rechnen hätten, müßten wir der heutigen Weltwirklichkeit Rechnung tragen und müßten wir in diesem Westeuropa, das ein Russe des 19. Jahrhunderts einmal verächtlich ein „Furunkelchen am Körper Asiens“ genannt hat, unter allen Umständen auf Einigung bedacht sein, einfach deshalb, um angesichts der Größe des politischen Raumes östlich von uns nicht erdrückt zu werden.

Zur Zeit Napoleons gab es in ganz Europa einschließlich Rußlands bis zum Ural etwa 40 Millionen slawische Bevölkerung, weniger, als damals Deutschland und Frankreich zusammen Einwohner hatten. Heute zählt diese slawische Bevölkerung 250 Millionen Menschen, und sie stehen fast alle unter sowjetrußsicher Herrschaft. Während noch im Jahre 1913 Europa einen Anteil von 52 % der industriellen Produktion der Welt hatte, Rußland 4 %, die Vereinigten Staaten von Nordamerika 34 %, hat sich dieses Verhältnis von Jahr zu Jahr zuungunsten Westeuropas gewandelt. Wir haben heute noch einen Anteil von 25 % der industriellen Weltproduktion, während Rußland und seine Satelliten 24 %, die Vereinigten Staaten um die 40 % haben. Das zeigt klar die Tatsache, daß sich das Gesicht der Welt in einer Weise gewandelt hat, daß Westeuropa gar nichts anderes übrigbleibt, wenn es überdauern will, als sich zu seiner eigenen Sicherheit zusammenzuschließen.

Nun kommt aber hinzu, daß man es mit Sowjetrußland heute nicht mehr nur als einer expansiven Macht im traditionellen Sinne zu tun hat. Das zaristische Rußland hatte auch weitgesteckte expansive Ziele, aber diese Ziele waren immerhin beschränkt. Heute wird niemand in diesem Saale die Kühnheit haben, zu behaupten, daß Sowjetrußlands Ziele beschränkt seien.

Es ist die Rede von der Koexistenz. Sowjetrußland hat es wieder einmal für richtig gefunden, an Stelle massiver Drohungen gegenüber der westlichen, der angeblich aggressorischen Welt darauf hinzuweisen, man könne wenigstens für eine Weile friedlich nebeneinander existieren. Aber wer nimmt diesen Ausspruch Sowjetrußlands wirklich ernst? Erinnern wir uns daran, daß es die sowjetische Lehre bis auf den heutigen Tag geblieben ist, der Kommunismus könne in einem Land auf die Dauer nicht existieren, es sei für die Sicherung des Kommunismus nötig, die Welt für den Kommunismus zu erobern.

Diese These von der Unmöglichkeit des Kommunismus in einem Land ist

immer nur aus taktischen Gründen für eine kleine Zeit aufgegeben worden. Aber noch im letzten Jahr hat der sowjetrußsische Programmredner zum Jahrestag der sowjetrußsischen Revolution, Saburoff, ausdrücklich bestätigt, daß man nach wie vor an den außenpolitischen Grundsätzen des großen Lenin festhalte. Und Lenin hat gesagt, daß Krieg und Frieden im Verhältnis zur westlichen Welt für Sowjetrußland etwas seien, was man je nach den taktischen Erfordernissen abwechselnd anwenden könne.

Aber wer es noch nicht glauben sollte, den darf ich an den Besuch der britischen Parlamentarier in Sowjetrußland in der allerjüngsten Zeit erinnern. Wir haben insbesondere den Bericht des britischen Labour-Abgeordneten Mayhew, der uns gesagt hat, auf bohrende Fragen an seinen Gesprächspartner, einen sehr bedeutenden Mann in der Sowjetunion, habe dieser ihm lediglich zugestanden, Koexistenz gebe es nur auf eine gewisse Dauer. Koexistenz bedeute nur den Verzicht auf gewaltsame kriegerische Einmischung. Dagegen müsse der geschichtliche Prozeß der Selbstzersetzung der kapitalistischen Welt von Moskau aus mit allen politischen und propagandistischen Mitteln gefördert werden.“

An die SPD gerichtet, erklärte Kiesinger:

„Sie werden mir sagen: Die Sozialdemokratische Partei hat sich immer gegen den Kommunismus gewandt. Ich gebe Ihnen sogar zu, daß Sie mit uns

Neues politisches Denken ist notwendig

Überall in der Welt bilden sich nach dem zweiten Weltkrieg politische Großräume, die uns Europäern einfach nicht mehr erlauben, im Stadium der sieben Zwerglein zu verharren. Wir müssen umlernen. Das politische Denken, das Europa als das Zentrum der Weltpolitik sah, ist tot oder sollte tot sein. Aber wir haben noch eine Aufgabe, Europa davor zu bewahren, daß es als selbständiger politischer Faktor in dieser Welt untergeht.

Selbstverständlich wird Sowjetrußland diese Einigung zu verhindern suchen. Das ist der eigentliche Grund seines ständigen Bemühens, das immer dann aggressive Formen annimmt, wenn die europäische Einigung, von Sowjetrußland aus gesehen, droht Wirklichkeit zu werden. Wenn es wahr ist, daß zum sowjetischen Programm die Vollendung der kommunistischen Weltrevolution gehört, dann ist es nicht so sehr der militärische Zusammenschluß Westeuropas, den Rußland fürchtet, sondern die politische Integration, weil durch diese Integration sicherlich verhindert werden würde, daß in Westeuropa die Voraussetzungen für das Gelingen einer

zusammen in dieser Nachkriegszeit ein Verdienst erworben haben, das in der Geschichte unseres Volkes unverlöschlich stehenbleiben wird. Aber es sind zwei Dinge: das eine, sich mit Mut und Einsicht gegen die bolschewistische Ideologie zu wenden, und das andere, eine Politik zu treiben, die uns nicht der Gefahr aussetzt, daß wir eines Tages in den Sog der bolschewistischen Machtpolitik hineingerissen werden.

Welches sind denn die bisherigen Erfolge der sowjetrußsischen Expansionspolitik mit dem endgültigen Ziel der Weltrevolution, der Unterwerfung des ganzen Planeten? Wir erinnern uns: Der Westen hatte abgerüstet, die amerikanischen Mütter hatten ihre Söhne nach Hause gefordert. Sowjetrußland hat keinen Tag daran gedacht, die Waffen zu vermindern oder gar niederzulegen. Es hat aufgerüstet, und es hat Schlag um Schlag dazu ausgeholt, seine Machtsphäre auszudehnen, hier in Europa, auf das, was wir heute die Welt der Satelliten nennen. Wir haben in Westeuropa einige Länder, in denen Moskau zahlreiche und gefährliche Hilfstruppen unterhält: In Italien bis zu einem Drittel kommunistische und prokommunistische Wähler! In Frankreich sitzen an die hundert kommunistische Abgeordnete im Parlament, und die Wähler sind sehr viel mehr an Zahl — entsprechend dem französischen Wahlsystem —, als dieser Abgeordnetenzahl im Parlament entspricht.

Es geht nicht nur um unsere Sicherheit, es geht nach wie vor um unsere einfache nackte Existenz. Vielleicht merken das manche Leute nicht mehr so genau. Vielleicht haben sie sich im Lauf der Jahre an diesen Zustand gewöhnt, so wie sich ein unheilbar Kranker schließlich an seine Krankheit gewöhnt. Aber die Gefahr ist nicht geringer geworden, sie kann uns jeden Augenblick überwältigen.

inneren kommunistischen Revolution weiter geschaffen würden.

In einer solchen Situation nun gibt es nichts Schlimmeres für ein Volk, als mit gebundenen Händen der Entwicklung machtlos zusehen zu müssen und sich nur als Objekt und nicht auch als wenn auch noch so schwaches Subjekt der weltpolitischen Vorgänge zu fühlen. Darin liegt nun die große Bedeutung der Pariser Verträge für uns. Sie geben uns diese politische Bewegungsfreiheit zurück. Sie setzen uns also in den Stand, nicht gelegentlich gehört zu werden, sondern als ein gleichberechtigtes Mitglied der freien Welt unser Wort zu den Vorgängen in dieser Welt und zu den Entschlüssen, die gefaßt werden, zu sagen.

Unser ganzer Streit (mit der SPD) geht um die Ausgangsbasis für Verhandlungen mit Sowjetrußland. Natürlich sind wir uns einig darüber, daß das Problem der deutschen Wiedervereinigung absoluten Vorrang hat. Wir haben den Vorrang immer im qualitativen Sinne gemeint. Ob man das Problem der deutschen Wiedervereinigung über Verhandlungen mit Sowjet-

rußland zeitlich so behandeln soll, daß das allererste, was zu tun ist, Verhandlungen mit Sowjetrußland sind, oder ob man sagt: Das verspricht keinen Erfolg, wir müssen uns zuerst eine bessere Ausgangsbasis verschaffen, — die entscheidende Frage ist immer die nach den Erfolgsaussichten der ins Auge gefaßten Verhandlungen.

„Politik der Stärke“: nun ja, man wirft sie uns vor. Das ist ein Schlagwort, das in manchen Zirkeln nicht schlecht wirkt. Aber es ist doch einfach die Wahrheit! Haben wir nicht in den letzten Jahren gelernt, daß es einzig die Stärke ist, die den Sowjetrussen imponiert und die sie dazu bringt, Zugeständnisse zu machen?! Einmal war Herr Tito der Erzhelm, der Erzbösewicht, den man am liebsten auf dem Scheiterhaufen verbrannt hätte; jüngst hat man in Moskau einen Trinkspruch auf ihn ausgebracht, nicht etwa, weil Herr Tito bereit war, aus einer Position der Schwäche heraus mit Sowjetrußland zu verhandeln, sondern weil er darauf bestanden hat, mit dem freien Meer im Rücken und mit der Hilfe der westlichen Welt seinen eigenen Weg zu gehen, gegen den Willen Moskaus!

Nun sagen Sie uns: Wenn wir ratifiziert haben, ist die letzte Chance verspielt, mit den Russen über eine Wiedervereinigung erfolgreich zu verhandeln. Herr Ollenhauer, glauben Sie das wirklich? Ich kann es nicht glauben, daß Sie es glauben!

Und nun, meine Herren von der Sozialdemokratischen Partei: Will von Ihnen jemand ernsthaft behaupten, daß Sowjetrußland die Entscheidung über die so lebenswichtige Frage der deutschen Wiedervereinigung jemals unter ein anderes Gebot als unter das Gebot des eigenen Interesses stellen wird? Es wird also für Sowjetrußland davon abhängen, ob es nach der Ratifizierung der Verträge Situationen gibt, bei denen das sowjetrussische Interesse eine Zustimmung zu der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit erlaubt oder vielleicht sogar gebietet. Und da sollten wir keine Möglichkeiten mehr haben? Wir werden mehr Möglichkeiten haben als jetzt. Jetzt können wir den Sowjetrussen nur in Aussicht stellen, Optionen, Pläne, an deren Realisierung sie vielleicht selber noch nicht glauben, nicht zu verwirklichen; dann aber können wir den Sowjetrussen sagen: So, nun können wir — Gott sei Dank zusammen mit der freien Welt, nicht mehr allein, nicht mehr als Objekt, sondern als mithandelndes Subjekt — endlich echte Gespräche miteinander führen.“

Kiesinger ging dann auf die Frage der Wehrrückbildung der deutschen Jugend ein:

„Nach meinen sorgfältigen Feststellungen ist es so, daß der größte Teil der deutschen Jugend natürlich nicht begeistert ist. Ein Teil, ein hoffentlich geringer Teil dieser Jugend ist einfach von des Gedankens Blässe angekränkelt, gehört schon zu jener Gruppe, die sich über alle Jahrgänge der Bundesrepublik verteilt, die überhaupt kein Bewußtsein der Verantwortung für das Ganze mehr hat. Ich sage: das ist ein sehr geringer Teil. Ich bin sogar davon überzeugt, daß er geringer ist als in

manchen andern Altersjahrgängen. Der weitaus größte Teil meint: Es ist eine schlimme Sache; wir wollen den alten Barras nicht wieder. Wir wissen nicht, ob es gelingt, ihn zu vermeiden; wir haben Sorgen. Aber: Wir müssen eben in den sauren Apfel beißen. So ist die wirkliche Stimmung.

Wenn es wirklich unausbleiblich ist — und es steht auch in Ihrem Konzept —, daß wir eines Tages wieder Soldaten haben müssen, dann möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, nicht wünschen, daß Sie einmal eine Stimmung in der deutschen Jugend vorfinden, von der Sie sagen müssen: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.“

„Immer wieder, wenn ich draußen im Ausland bin, wird an mich von ausländischen Politikern die sorgenvolle Frage gerichtet: Was wird eines Tages geschehen, wenn der Bundeskanzler nicht mehr am Steuer der deutschen Politik steht? Ein bedeutender europäischer Politiker hat mir gesagt, gewisse

Bundestagsabgeordneter Rasner: Vorteile und Pflichten

Die militär- und innenpolitische Seite der Pariser Vertragswerke behandelte in der außenpolitischen Debatte anlässlich der ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze für die CDU/CSU der Abgeordnete Rasner aus Schleswig-Holstein. Er führte u. a. aus:

„Eine Verdeutlichung des militärischen Inhalts der Verträge ist undenkbar ohne einen kurzen Rückblick auf die EVG.

Es war schon ein großer, ein epochaler Gedanke, die Streitkräfte von sechs europäischen Nationen zu integrieren, sie zu einer supranationalen Institution zusammenzufassen. Das war ein sehr origineller Gedanke, das Pferd einmal am Schwanz aufzuzäumen und die militärische Integration als Motor für die politische Integration verwenden zu wollen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß der Gedanke der EVG der Zeit doch wohl zu sehr voraus war. Aber war es deshalb falsch, ihn jahrelang vertreten zu haben, jahrelang auf seine Verwirklichung hin die besten Kräfte angesetzt zu haben? Die Frage ist rundheraus zu verneinen.

Auch wenn die EVG nicht Tatsache geworden ist, kann nicht bestritten werden, daß schon allein die Arbeit dieser Jahre, das jahrelange Miteinander und Gegeneinander z. B. im Interimsaustausch, zu Gemeinsamkeiten geführt hat, die nicht mehr wegzudenken sind. Die EVG ist keine Realität geworden; das ist richtig. Aber die jetzigen Realitäten von London und Paris wären undenkbar ohne die vorangegangene Arbeit an der EVG.

Uns Deutschen lag in den vergangenen Jahren der Vorarbeit für die EVG, liegt heute auch für die Zukunft an der Existenz von gemeinsamen Streitkräften der freien Welt, die in der Lage sind, zu verhindern, daß der Totalitarismus zuzugreifen vermag und freie Völker in die Unfreiheit führen kann. Wir wünschen, daß diese Streitkräfte einschließlich der deutschen Kontingente nur eine einzige Aufgabe haben: dazusein, wenn unsere Gemeinschaft oder wenn auch nur ein Teil dieser Gemeinschaft von

Äußerungen aus Deutschland ließen ihn Sorge haben, ob es nicht eines Tages wieder eine Rapallo-Politik geben werde. Dem Bundeskanzler, so sagte er, schenke man Vertrauen, er habe sich dieses Vertrauen erworben; könne man es auch dem deutschen Volk und den Politikern, die nach ihm kämen, schenken? Er hat dabei ganz allgemein gesprochen. Tatsache ist doch nun einmal, daß dieses Mißtrauen in der Welt besteht. Wir können es nicht einfach wegdiskutieren. Und sollten wir nun Tag um Tag einen Beitrag dazu leisten? Sollten wir nicht endlich einsehen, daß wir alle gemeinsam die Kräfte zusammenwerfen müssen, um dieses Mißtrauen zu beseitigen? Wir, von der Regierungskoalition, sollten jedenfalls der Welt ein Bild größter Einmütigkeit und Entschlossenheit geben, auf dem Weg fortzuschreiten, auf dem wir bisher gemeinsam und mit so viel Erfolg gegangen sind. Dann werden wir auch das Endziel erreichen, das Ziel, das wir alle im Herzen tragen: Frieden und Freiheit für ein wiedervereinigtes Deutschland.“

außen durch das System der Unfreiheit angegriffen und in der gemeinsamen Freiheit bedroht wird.

Am 30. August dieses Jahres (Ablehnung der EVG durch die Nationalversammlung) war auch eine militärische Krise heraufbeschworen, die so schnell wie möglich überwunden werden mußte. Was war von deutscher Sicht nunmehr wünschenswert? Einerseits Sicherung durch einen politischen Vertrag mit vollkommener militärischer Automatik für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf auch nur einen einzigen Vertragspartner und zugleich in einem Vertrag, der die weitere Integration Europas ermöglicht, andererseits keine Ausschaltung der Bundesrepublik aus der primär militär-politisch eingestellten NATO.

Der politische Vertrag mit militärischer Automatik und Entwicklungsmöglichkeiten zu weiterer Integration ist der Brüsseler Vertrag. Die beiden hier entscheidenden Bestimmungen bringen zwei Verpflichtungen mit sich: Erstens die Verpflichtung, untereinander Streitigkeiten nur durch friedliche Mittel zu lösen. Zweitens verpflichten sich die Vertragspartner für den Fall eines bewaffneten Angriffs in Europa zu jeder in ihrer Macht liegenden militärischen und sonstigen Hilfe und Unterstützung. Genau das mußte der Zweck des Brüsseler Paktes sein, und genau das ist erreicht worden.

Gleichzeitig kam es aber darauf an, daß die Westeuropäische Union kein militärisches Eigenleben entfalte und mithin nicht für die Bundesrepublik zu einer Ersatz-NATO wurde, die uns von dieser NATO selbst absperre und uns auf einem Umweg lediglich zu einer Art Juniorpartner der NATO werden ließ. Auch in dieser Hinsicht waren die Verhandlungen erfolgreich. Die

Bundesrepublik wird nicht Juniorpartner, sondern gleichberechtigtes Vollmitglied, und die Westeuropäische Union entwickelt — mit zwei Ausnahmen — kein militärisches Eigenleben. Ausnahme Nr. 1: Festlegung der Maximalstärken für alle; Ausnahme Nr. 2: Rüstungskontrolle für alle.

Was Ausnahme Nr. 1 anlangt, so hat man hier hinsichtlich Kampfkraft und Gesamtstärke für die sechs früheren EVG-Partner auf die Bestimmungen des Sonderabkommens zum EVG-Vertrag voll zurückgegriffen, d. h. die Stärke der Kontingente dieser sechs wird genau die Stärke der EVG-Kontingente sein. Hinzu kommen jetzt jedoch die vier britischen Divisionen und die II. britische taktische Luftflotte. Sie wissen, daß das Vereinigte Königreich mit diesem Entschluß die Wende in der Krisensituation nach dem 30. August herbeigeführt hat. Die Gliederung der Streitkräfte ist jedoch nicht mehr an starre Vorschriften gebunden, sondern kann modernen Erkenntnissen und Erfahrungen angepaßt werden, was militärisch gesehen, zweifellos einen großen Vorteil darstellt.

Was das militärische Reservat Nr. 2 der Westeuropäischen Union anlangt — die Rüstungskontrolle für alle —, so sei nur festgehalten, daß sie sich allein auf die Ausstoßzahl bestimmter Endprodukte erstreckt, nicht auf die Fertigung. Das, was mit Ausnahme dieser beiden Reserverate militärisch zu regeln ist, fällt entweder in die nationale Zuständigkeit oder in die Zuständigkeit der NATO, in der wir — ich wiederhole es — gleichberechtigtes Mitglied sein werden und deren Praxis auf Einstimmigkeit der Beschlüsse hinausläuft. In der NATO werden wir bei der Entscheidung über Krieg und Frieden, bei der Verteilung der Streitkräfte und der Waffen, bei der Ausarbeitung der Pläne für die Verteidigung wie bei der Festsetzung des finanziellen Verteidigungsbeitrages haargenau so mitwirken wie Frankreich oder Kanada, Italien, Luxemburg oder auch die USA: voll gleichberechtigt.

Mit dem Begriff „Nationalarmee“ wird heutzutage viel Unfug trieben. Im klassischen Sinne ist eine Nationalarmee die militärische Streitmacht einer Nation, die von sich aus, unabhängig von anderen, einen Krieg allein beginnen und durchführen kann. Nationalarmeen im klassischen Sinne haben heute also allenfalls noch die Sowjetunion und die USA. In Europa gibt es, so gesehen, überhaupt keine Nationalarmeen mehr, und ganz gewiß sind die künftigen deutschen Truppenstreitkräfte in diesem Sinne keine Nationalarmee. Ich gebe meiner tiefen Befriedigung darüber Ausdruck. Man kann natürlich den Begriff „Nationalarmee“ auch anders, sehr viel enger definieren, indem man sagt: Eine Nationalarmee sind Truppenkontingente einer Nation, in denen all das national geregelt ist, was mit ihrer inneren Struktur zusammenhängt, unbeschadet der Tatsache, daß über Verwendung im Kriegsfall, Stärke, Bewaffnung und Dislozierung eine Verteidigungsgemeinschaft gemeinschaftlich entscheidet. Dann allerdings erhalten wir jetzt eine Nationalarmee.

Die künftigen Streitkräfte sind nicht Regierungstruppen und nicht Truppen

der Opposition, sie sollen nicht einmal in allererster Linie Truppen des Staates sein, sondern sie müssen die Truppen des Volkes, des ganzen Volkes sein, nicht wie früher gelegentlich ein trennendes Element, an dem sich die innenpolitischen Gegensätze entzünden, sondern ein einigendes Element.

Es wird heute immer noch ein Unterschied gemacht zwischen den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten und der speziellen Wehrpflicht, die etwas ganz anderes sei. Nichts ist falscher als das. Würde uns heute ein totalitärer Staat mit Krieg überziehen, dann wäre dieser Krieg doch auch nicht mehr allein Sache der Wehrpflichtigen — das ist nun wirklich seit einigen 50 Jahren vorbei —, sondern es wäre eine Angelegenheit, die alle Staatsbürger trifft.

Wenn dem aber so ist — und ich möchte den sehen, der das bestreiten will —, dann versündigt sich an der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe jeder, der Streitkräfte und Volk zu trennen versucht, der nicht alles daransetzt, daß Volk, Staat und Streitkräfte eins, ein geschlossenes, zusammenpassendes, zusammenführendes Ganzes sind, erfüllt von einem gemeinsamen Lebenswillen, dann versündigt sich, wer

Demokratie und Wehrpflicht gehören zusammen

Ein paar Sätze zum Kapitel „Ohne mich!“ Wir sollten sorgfältig unterscheiden zwischen denen, die den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern, und denen, die „Ohne mich!“ aus Selbstsucht oder aus politischen statt Gewissensgründen rufen und auch einfach gar nichts anderes tun, als mehr oder minder nachzuplappern, was eine gefährliche kommunistische Propaganda ihnen geschickt souffliert.

Wir sollten bedenken, meine Herren von der Opposition, daß jede Förderung der Parole „Ohne mich“ beim Wehrdienst zu einem Umschlagen dieser Parole in die Parole „Ohne mich“ gegenüber unserem demokratischen Staate führen kann, zu einer nihilistischen Haltung, die den Nährboden für einen neuen Totalitarismus abgibt. Allgemeine Wehrpflicht und Demokratie gehören nämlich zusammen. „Ohne mich“ und Demokratie sind zwei einander ausschließende Standpunkte. Unter dem bolschewistischen System kostet das Aussprechen des Wortes „Ohne mich“ den Kopf.

Im Zusammenhang mit der bedeutungsvollen Frage der Personalauswahl wünschen meine politischen Freunde gerade bei dieser ersten Lesung des Vertragswerks deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß sich die Bundesregierung der Frage des Personalaussschusses für die Auswahl der Bewerber um künftige Schlüsselpositionen möglichst umgehend zuwendet. Was soll der Personalaussschuß? Sagen wir zunächst einmal, was er nicht soll. Er soll erstens nicht eine Neuaufgabe der Entnazifizierungsausschüsse unseligen Andenkens sein. Er soll zweitens nicht entscheiden: Der Oberst Alois Huber wird Kommandeur des 2. Bayerischen Infanterieregiments und Kapitän Jürgen Jürgensen Kommodore der 1. Schles-

nicht mit allen Kräften auszuschließen und zu verhindern sucht, daß diese Streitkräfte Selbstzweck mit womöglich unkontrolliertem Eigenleben in der Hand unkontrollierbarer einzelner werden.

Daraus folgt ein weiteres Grundsätzliches: auch die Verteidigung ist Sache der politischen Führung, Sache des Parlaments, der Regierung, Mannschaften, Unteroffiziere, Offiziere, Generale und auch Oberbefehlshaber, die ganze militärische Streitmacht sind ausführendes, sind dienendes Organ der Politik, und die Art und Weise, wie diese Politik gestaltet wird, hat kein Vertreter der Streitkräfte zu beeinflussen. In diesen Streitkräften sollen militärische Fachleute sitzen. Je höher sie qualifiziert sind, desto besser. Die Politik wird diese Fachleute fragen, wenn sie eine fachmännisch-militärische Antwort benötigt. Aber die politische Führung allein wird dann entscheiden, was zu tun ist, und den Streitkräften den jeweiligen Auftrag dazu geben. Diesen Auftrag dann auszuführen, das ist Sache der Streitkräfte. In die Gestaltung der Politik einzugreifen, muß den künftigen deutschen Streitkräften ein für allemal verwehrt sein.

wig-Holsteinischen Schnellbootflottille. Das Vorschlagsrecht für die Besetzung derartig spezifischer Stellen hat selbstverständlich der künftige Verteidigungsminister, und die Berufung erfolgt selbstverständlich nach den gleichen Gesichtspunkten, wie sie für die Berufung von Beamten gelten.

Der Personalaussschuß soll vielmehr zwei Aufgaben haben: erstens die Prüfung des Persönlichkeitswertes der Bewerber nach deren menschlicher und politischer Eignung für den Aufbau von Streitkräften in unserer Demokratie, und zweitens die Festlegung der Auswahlprinzipien für solche Bewerber um Verwendung in künftigen Kontingenten, deren Prüfung nicht dem Personalaussschuß selbst vorbehalten ist. Die Mitglieder des Personalaussschusses sollen nach den Vorstellungen meiner Freunde in ihrer Mehrheit aus dem zivilen Bereich, zu einem Teil auch aus dem militärischen Bereich stammen. Sie sollen nicht Beauftragte, aber Vertrauensleute der politischen Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften, der berufsständischen Organisationen, der Jugendverbände, der Wirtschaftsgruppen usw. sein. Sie sollen selbstverständlich nicht weisungsgebunden sein. Sie sollen auch nicht Bundestagsabgeordnete sein, und auch das scheint uns selbstverständlich: Wer in dem Personalaussschuß tätig ist, darf weder in den künftigen Kontingenten noch bei der bodenständigen Verteidigung noch im künftigen Verteidigungsministerium irgendwelche Verwendung finden. Ich weiß, daß die Berufung eines solchen Personalaussschusses und dessen Vorschaltung vor jede Besetzung von Schlüsselpositionen auch von der Opposition gewünscht wird und dieser die Mitarbeit an der Lösung der gemeinsamen Aufgabe — so hoffe ich — Streit-

Zum Agrarhaushalt

Staatssekretär Dr. Hartmann in der Etatsrede

„Im Agrarhaushalt hat sich die Ausgabe um fast 100 Millionen DM erhöht. Was für die Aktionsfähigkeit eines Ressorts ein solcher Zuwachs an Finanzkraft in einem Haushalt bedeutet, dessen Ausgleich auf so außerordentliche Schwierigkeiten stieß, ist vielsagend genug.

Im einzelnen sind hier zunächst die Subventionen für eingeführte Lebensmittel, die Roggenablieferungsprämie, die Verbilligung von Dieselmotoren zu nennen; insgesamt machen die Subventionen rund 70 Millionen DM aus. Die Zuschüsse an die Einfuhr- und Vorratsstellen verschlingen 200 Millionen DM. Für die Durchführung des Agrarstrukturprogramms des Herrn Bundesernährungsministers sind Mittel im Gesamtbetrag von über 120 Millionen DM vorgesehen, für die Siedlung über 100 Millionen DM, für das Emsland 25 Millionen DM, für den Küstenschutz 24 Millionen DM, für die landwirtschaftliche Forschung rund 22 Millionen DM, für die Bekämpfung der Tierseuchen 8 Millionen DM. Diese kleine Aufzählung zeigt, daß der Agrarhaushalt den Marsch der Vorjahre erfolgreich fortgesetzt hat. Schaltet man einmal die stark schwankenden Beträge für Subventionen aus, so ergibt sich folgender Anstieg der Ausgabenmittel des Ernährungsministeriums: von 1952 auf 1953 eine Erhöhung von 112,4 Mio DM, von 1953 auf 1954 eine Erhöhung von 127,4 Mio DM.

Und nun sind es nochmals fast 100 Millionen DM, um die die Ausgaben ansteigen sollen. Hinzu treten die ERP-Mittel, die ja in ihrer Gesamtheit seit 1954 die Bundeshaushaltspläne verlassen und sich in einem eigenen Wirt-

schaftsplan vereinigt haben. Diese ERP-Mittel für die Landwirtschaft steigen auch 1955 wieder erheblich an, und zwar auf das Doppelte.

Alle diese Ausgabesteigerungen des Agrarhaushalts hätten nicht vorgesehen werden können, wenn sich nicht auch die Einnahmeseite günstig entwickelt hätte. Hier sind die Abschöpfungen der Ast, an dem sich der Landwirtschaftshaushalt selbst emporgerant hat. Für 1955 sind nicht weniger als 383 Millionen DM Einnahmen veranschlagt; der Bundesrat möchte sie sogar auf 400 Millionen DM erhöhen. Diese gewaltige Schätzung beruht auf der Annahme, daß die derzeitige Entwicklung erhalten bleibt. Aber ich darf ganz offen sagen, daß in dieser Annahme sehr erhebliche Risiken stecken. Bis auf einen geringen Betrag von 15 Millionen DM sind unter Außerachtlassung des allgemeinen Deckungsprinzips die Mehreinnahmen praktisch lediglich dem Etat des Ernährungsministeriums zugute gekommen. Ich erwähne diesen Punkt besonders, damit später keine Enttäuschung eintritt, wenn einmal die Abschöpfungen sinken und dann zwangsläufig der Haushalt des Ernährungsministeriums nach unten gehen muß.

Das vorhin genannte Agrarstrukturprogramm des Herrn Bundesernährungsministers erfährt gegenüber 1954 eine Steigerung um rund 37%. Ob die Länder in der Lage sein werden, beispielsweise auf dem Gebiet der Flurbereinigung die erhöhten Mittel mit ihrem Verwaltungsapparat zu bewältigen, ist wohl nicht ganz sicher. Aber auch die Zinsverbilligung betrachtet der Bundesfinanzminister mit Sorge, weil sie für die Zukunft eine lang andauernde Belastung des

Haushalts mit sich bringt. Die Gedanken des Etatministers über den höchsten Posten im Ernährungshaushalt, die Zuschüsse an die Einfuhr- und Vorratsstellen, sind schon im Vorjahr zum Ausdruck gekommen. Die Gründe für das Überschreiten der 200-Millionen-Grenze liegen in der Aufstockung der Brotgetreidereserve um 600 000 Tonnen sowie in den Mehrkosten für Zuckerlagerung.

Der Herr Bundesminister für Ernährung hat bei diesem Anlaß mit erfreulicher Deutlichkeit klargestellt, daß der jetzige finanzielle Zustand kein bequemes Stehenbleiben bedeuten soll, sondern daß auch die Apparatur so einfach, übersichtlich und billig wie möglich werden soll.

Ich darf anschließend auf die außerordentlich hohen Mittel hinweisen, die der Bund für Zwecke des Küstenschutzes zur Verfügung gestellt hat. Sie belaufen sich seit 1949 auf insgesamt 132 Millionen DM, davon rund 82,6 Millionen DM für Schleswig-Holstein und 49,2 Millionen DM für Niedersachsen. Dabei übersteigen die Bundesleistungen die Länderleistungen beträchtlich, und zwar in einem zu-nehmend steigenden Maß. Ferner muß hier die großen Leistungen des Bundes für Aufgaben der Landeskultur berücksichtigt werden, für Niedersachsen das Emsland-Programm, für Schleswig-Holstein das sogenannte Nordprogramm. Wer sich in diese Haushaltszahlen vertieft, wird feststellen, daß große Leistungen fast unbeachtet über die Bühne gegangen sind.“

Das Auswanderungsprogramm 1954

In Genf wurde kürzlich eine Konferenz des zwischenstaatlichen Ausschusses für europäische Auswanderungen beendet, an der 25 Länder teilnahmen. Das von dem Ausschuss für das Jahr 1955 gebilligte Programm sieht die Auswanderung von fast 150 000 Europäern vor, wofür rund 4 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt werden sollen. Das größte Kontingent an Auswanderern im nächsten Jahr stellt Italien mit 58 000 Personen, gefolgt von Deutschland mit 31 000 und Griechenland mit fast 16 000 Auswanderern. Hauptaufnahmeland sind die USA, Australien und Argentinien.

827 Mill. für Notstandsgebiete

Seit 1950 sind aus Mitteln des Bundes rund 827 Mill. DM in die Notstands- und Grenzgebiete geflossen. Dieses Geld wurde zum Teil als Zuschüsse und zum Teil als Darlehen vergeben. Im kommenden Haushaltsjahr soll diese Hilfe des Bundes, die eine Ergänzung der Ländermaßnahmen bildet, mit insgesamt 150 Mill. fortgesetzt werden.

Rasner: Vorteile und Pflichten

kräfte sinnvoll in unseren Staat einzugliedern, erleichtern würde.“

„Man hört bei den äußerst begrüßenswerten und lebhaften Diskussionen um das „Innere Gefüge“ heute gelegentlich mancherlei, was auch einmal übersteigert anmutet. Aber ich möchte betonen: Tausend Übertreibungen nach dieser Seite sind uns lieber und sind auch tausendmal nützlicher, als wenn auch nur ein einziger es wagt, dem Kadavergehorsam und dem Kommiß à la Himmelstoß das Wort zu reden.

Diese Feststellung schließt das Bekenntnis zu einer guten soldatischen Tradition in Deutschland nicht aus. Wir haben uns wahrlich der Überlieferung besten preußisch, bayrischen, württembergischen oder schlesischen Soldatentums nicht zu schämen. Pflichterfüllung bis zum letzten, Opferwilligkeit und Tapferkeit sind Tugenden, die auch dadurch nicht entwertet werden, daß zwei Weltkriege verlorengegangen sind.“

„Lassen Sie mich noch ein Wort an die deutsche Gewerkschaftsbewegung richten. Über die Notwen-

digkeit, die innenpolitischen Konsequenzen des Pariser Vertragswerks gemeinsam zu bewältigen, habe ich aus anderer Sicht schon mehrfach gesprochen. In diese Gemeinsamkeit — das erkläre ich ausdrücklich, beziehen meine politischen Freunde die deutsche Gewerkschaftsbewegung eindeutig mit ein.

Es ist doch selbstverständlich, daß die Tatsache, daß einige Hunderttausend Arbeitnehmer für einhalb Jahre zum Wehrdienst eingezogen werden sollen, die deutsche Gewerkschaftsbewegung zutiefst interessieren muß. Aber es gibt auch hier fruchtversprechende Ansätze, die — das lassen Sie mich ehrlich sagen — für uns auch nicht durch Resolutionen zunichte gemacht werden, Resolutionen, die zudem oft nur flüchtig gelesen werden und oft auch falsch interpretiert sind. Ich denke in diesem Augenblick an den verstorbenen Vorsitzenden des DGB, Böckler, der 1949 in München sinngemäß erklärt hat, daß auch für den deutschen Arbeiter und auch für die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Freiheit verteidigungswürdig ist und daß auch der DGB seinen Beitrag zur Verteidigung dieser Freiheit leisten muß. Ich glaube einfach nicht daran, daß sich diese Auffassung im DGB irgendwie geändert hat.“

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 - Redaktion: Bol Presseshaus IV am Bundeshaus, Schließfach 1 Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, Postcheck-Konto Köln 365 31; Bankverein Westdeutsches Land, Bonn Nr. 74 87.

Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bol